



**4. Debatte:** Julia Seeliger und Sebastian Brux sprechen sich für den umfassenden Schutz von Tieren aus. Tierrechte lehnen sie aber strikt ab.

**5. Debatte:** Alexander Gilly geht der Tierschutz nicht weit genug. Er fordert Tieren eigenständige Rechte zu geben.

**7. Innere Sicherheit statt Grundrechte:** Silke Gebel und Rieke Kampczyk werfen einen Rückblick zu den Ausweitungen der Repressionsinstrumente vor und nach dem G8-Gipfel.

**8. Ziviler Ungehorsam statt fliegenden Steinen:** Rasmus Andresen und Paula Riester über die Konsequenzen nach den gewalttätigen Ausschreitungen auf der Anti-G8-Demo.

**SPUNK** #51  
Sept. 2007  
spontan politisch und natürlich kritisch  
www.gruene-jugend.de

### Tiertransporte

Über 360 Millionen Tiere werden jedes Jahr quer durch Europa transportiert.

Am 05.01.2007 wurde die neue EU-Verordnung zum Schutz der Tiere beim Transport in Kraft gesetzt. Sie sieht vor, dass die FahrerInnen bessere Qualifikationen erhalten sollen. Zudem sind Fußtritte und Schläge mit Eisenstangen nun verboten, elektrische Treibhilfen jedoch nicht. Wenn die Tiere mehr als acht Stunden transportiert werden, sollen die neuen Lastwagen mit einem Navigationsgerät ausgerüstet werden. Alte Lastwagen sollen bis 2009 nachgerüstet werden.

Der Transport von krankem Vieh sowie von Tieren unmittelbar vor und nach der Geburt wurde verboten. Erlaubt sind jedoch weiterhin das Zusammenpferchen auf engstem Raum, eine Transportzeit von 29 Stunden und Temperaturen im Wageninneren von bis zu 35° C.

Tierschutzorganisationen fordern deswegen rigide Verschärfungen für Tiertransporte und eine Begrenzung der Transportzeit auf acht Stunden für grenzüberschreitenden Fahrten und vier Stunden bei nationalen Fahrten. Außerdem sollen die Tiere bis zum nächstgelegenen geeigneten Schlachthof transportiert werden, und nicht von Spanien bis nach Polen, nur um den Preis zu drücken. Tierrechtsgruppen hingegen sprechen sich dagegen für die Abschaffung der Tiertransporte und eine Schließung aller Schlachthöfe aus.



Foto: Dirk Giebelmann, soyilent network.com

## Tierhaltung ist nicht artgerecht!

*Massentierhaltung, eine schreckliche „Errungenschaft“ der Neuzeit. Wie Tiere für die konventionelle Fleisch- und Milchindustrie gequält werden und ob ökologische Tierhaltung wirklich „artgerecht“ ist, erklärt SPUNK-Redakteurin Kathrin Henneberger beispielhaft anhand der Lebensbedingungen von Ziegen, Schweinen und Kälbern.*

Ein leises "mäh" weht mir zu Begrüßung in den Ställen eines Ziegen-Biobauernhofes entgegen. Neugierig mustern die Ziegen mich. Ein junges Ziegenkind hüpfelt in meine Richtung und springt wieder davon. Plötzlich wollen die anderen auch nicht mehr liegen. Angestachelt von der Lust nach Klee und Gräsern? Oder nervt sie meine Anwesenheit? Sie traben los und laufen durch die offene Stalltür in Richtung der grünen Weide.

400 qm ist der mit Stroh ausgelegte Stall des Milchziegen-Biobauernhofes groß. Für insgesamt knapp 110 Tiere. Mehr sollten es laut Auskunft des Bauern auch nicht sein, weil sonst die Tiere den sozialen Bezug zueinander verlieren würden. Der Stall ist mit Nischen versehen, Kot und Essplätze sind von einander getrennt. Täglich bekommt jede Ziege ein Kilo Bio-Getreide zu essen. Dazu die frischen Gräser und Heu. Ganzjährig gelangen sie auf die Weide und sollen es auch, denn Bewegung und frische Luft stärken das Immunsystem. Durch optimales Stallklima, Fütterung und Haltung sowie den Einsatz von robusten, dem Standort angepassten Rassen werden so Krankheiten minimiert.

Die meisten Ziegen werden in Deutschland jedoch konventionell in eingestreuten Laufställen gehalten. Für den Betreiber, der auf Massenproduktion setzt, ist aber die Haltung auf Holzspalten mit 5 cm breiten Latten im Abstand von 2 cm einfacher. In der Laufstallhaltung leben die Ziegen oft auch in „Herden“ von über 200 Stück. Die Tiere leiden in beiden industriellen Haltungsformen unter permanentem Stress aufgrund des beengten Zusammenlebens und der wenigen Bewegung.

„Zu einer Ziege gehören die Hörner“ sagt mir der Biobauer. Deshalb behalten die meisten seiner Ziegen ihre Hörner. Und die, die keine haben, sind eine speziell gezüchtete Sorte. Diese „Hornlosen“ leiden jedoch häufig unter Unfruchtbarkeit. In konventioneller Haltung werden die Hörner meist qualvoll weggeätzt, da hornlose Tiere weniger Platz im Stall brauchen. Bei unsachgemäßer Ausführung kann es vorkommen, dass die Hörner nachwachsen, oft verdreht und in den Kopf hinein und so dem Tier höllische Schmerzen bereiten.

### Schwein gehabt?

Neben den Ziegenställen ist eine Koppel, auf der zwei große Schweine mit unberingten Rüsseln in der Erde stöbern. Im Gegensatz zu diesen Freiland Schweinen leben fast alle von den 27 Millionen in Deutschland gehaltenen Schweinen in Massenbetrieben. Sie werden entweder in winzigen Verschlägen gefangen gehalten oder vegetieren in Ställen dicht an dicht zusammengepfercht vor sich hin. In neuen Massenbetrieben können sogar bis zu 1,3 Millionen Schweine auf einmal gehalten werden.

Nach der Geburt erhalten Ferkel bei Bioland 40 Tage lang Milch von der Mutter, bevor sie ihr entrisen werden. Konventionell gehaltene Ferkel dürfen bereits nach 21 Tagen von der Muttersau weggenommen werden. Die Nasen der konventionell gehaltenen Schweine sind meist beringt. Dies hält sie wegen der Schmerzen vom Wühlen oder Beißen der Mitschweine ab. Sie leben auf Spalten, die mit 18 mm Abstand eine Verletzungsgefahr für die Klauen darstellen. Stroh gibt es nicht. Sie werden im wahrsten Sinne gemästet, mit eiweißhaltigem Kraftfutter, damit so schnell wie möglich das Schlachtgewicht erreicht wird. Wegen dem unnatürlich schnell wachsenden Körper und der wenigen Bewegung können sich die Schweine oft kaum noch auf den Beinen halten. Verkrüppelung und Verletzung sind die Folgen dieser brutalen Haltung.

Von Natur aus sind Schweine äußerst friedfertige, intelligente und soziale Tiere. Sie entwickeln allerdings eng gehalten ein völlig neurotisches Verhalten und werden äußerst aggressiv. Damit sie sich nicht gegenseitig die Schwänze und Ohren abbeißen, werden den Ferkeln diese schmerzvoll zusammen mit den Zähnen entfernt - ohne Betäubung. Neuste EU-Gesetze sehen vor, dass Ferkel nur in den ersten 7 Tagen ohne Betäubung kastriert werden dürfen. Die Schmerzempfindung bei jungen und älteren Ferkeln ist jedoch gleich. Dies bedeutet eine unvorstellbare Qual für die gerade geborenen Tiere.

Bei der Ankunft in dem Schlachtbetrieb werden die Tiere mit Eisenbügeln kopfüber an einem Fließband befestigt. Dabei ist völlig gleichgültig, ob sie aus einer biologischen oder konventionellen Haltung kommen. Getötet werden sie so oder so. Bioschlachtereien gibt es kaum. Die EU-Regelungen sehen vor, dass die Schweine betäubt werden müssen, bevor sie getötet und in kochendes Brühwasser getaucht werden. In vielen Lungen von Schweinen wurde jedoch Brühwasser gefunden, das bedeutet, dass die Schweine beim Eintauchen in das kochende Wasser noch geatmet haben. Lebendig verbrüht. Ein sehr „artgerechter“ Tod.

### Das Leiden der Kälber

Kalbsfleisch hat den Ruf einer Delikatesse. Wie Kälber aber in ihrem kurzen Leben in Massentierhaltung gehalten werden, ist alles andere als delikat. Nach der Geburt werden sie von der Mutter getrennt, da deren Milch für den Verkauf gebraucht wird. Sie werden in Holzverschlänge gesperrt, die oftmals so eng sind, dass sie sich noch nicht einmal umdrehen können. Ernährt werden sie mit einer fettigen Kraftbrühe. Damit die Tiere mehr davon essen, werden sie mit Wasser unterversorgt. Eisen wird ihnen vorenthalten, damit ihr Fleisch den hellen gewünschten Farbton erhält. Sie erreichen ihr Schlachtgewicht von 250 kg bereits nach 5-6 Monaten, doppelt so schnell wie ein normal aufwachsendes Kalb.

In der Ökolandwirtschaft werden die Kälber nach nur ein bis zwei Tagen nach der Geburt von ihrer Mutter getrennt. Die nächsten zwei Wochen werden diese „Babys“ isoliert ohne jeden sozialen Kontakt in Iglus oder Außenhütten gehalten. Ab dem Alter von 2 Wochen werden die Kälbchen mit ihren Artgenossen in Gruppen zusammen geführt und haben in dem Stall einen eingestreuten Liegebereich, viel Licht und frische Luft. Die ersten 12 Wochen werden sie mit richtiger Milch ernährt. Freien Auslauf auf der Weide haben sie jedoch auch meistens nicht und am Ende nach nur 9-12 Monaten wartet auch auf sie der Schlachthof.

### Gesundheitliche Auswirkungen für den Menschen...

Die Produktion von großen Mengen billigen Fleisches trägt zu einem hohen Fleischkonsum bei. Mehr als 25 kg Fleisch im Jahr sollte ein Mensch aber nicht verzehren, soweit man trotz alledem Fleisch essen möchte. In den Industrieländern wird pro Kopf und Jahr im Durchschnitt jedoch 68 kg verdrückt. Dies führt zu hohem Blutdruck, reduzierter Immunleistung, Herz- und Kreislauferkrankungen und erhöhtem Risiko von Krebserkrankungen. Die Haltung einer großen Anzahl von Tieren auf engstem Raum reduziert zudem die Widerstandsfähigkeit der Tiere und fördert die Ausbreitung von Krankheiten. Deshalb sind sehr viele Medikamente im Einsatz, die sich später im Fleisch finden lassen. Das größte Problem stellt die Behandlung mit Antibiotika dar. Antibiotika verlieren dadurch auch im humanmedizinischen

>>Fortsetzung auf Seite 2

>>Fortsetzung von Seite 1

Bereich ihre Wirksamkeit.

## ...und die Umwelt

Weltweit trägt die Massentierhaltung mit 18 % zu den Treibhausgasemissionen bei und verstärkt damit den von Menschen verursachten Treibhauseffekt. Außerdem trägt sie durch die Ammoniakemissionen zum Waldsterben und durch die Verschmutzung von Gewässern zum Fischsterben bei. Das Grundwasser wird durch das Nitrat vergiftet. Die benötigte Futtermittelproduktion ist mitverantwortlich für die Vernichtung von Regenwaldflächen. Die Artenvielfalt wird durch Monokulturen, Pestizideinsatz und die Einführung von Gentechnik bedroht. Die niedrigen Preise von Fleisch aus Massentierhaltung spiegeln jedoch nicht den wahren Preis wieder. Die Kosten werden von der gesamten Gesellschaft getragen. Und somit indirekt über die Umweltschutzmaßnahmen, Sozial- und Gesundheitsausgaben subventioniert, da der Staat die katastrophalen Folgen versucht auszugleichen, während andererseits Milliarden an widersinnigen direkten Subventionen an die Tierindustrie fließen. Das Worldwatch Institut in Washington hat bezüglich der externalisierten Kosten errechnet, dass der wirkliche Fleischpreis von Massentierhaltung doppelt bis dreifach so hoch ist, wie der jetzt an der Kühltheke im Supermarkt bezahlte.

## Tierausbeutung verhindern!

In der Massentierhaltung wird das Tier nicht mehr als Tier, sondern als reiner Wirtschaftsfaktor angesehen. Die Nutzung von Tieren ist aber untrennbar mit der Pflicht zur Fürsorge verbunden. Die Leiden der Tiere sind nicht zu rechtfertigen. Massentierhaltung ist also moralisch wie gesellschaftlich und ökologisch nicht verantwortbar. Deshalb muss sie von jedem Menschen boykottiert werden. Als erster Schritt könnte ein klares Gütesiegel helfen. Ähnlich wie die EU-Kennzeichnung der Eier. Die VerbraucherInnen halten durch ihren Konsum den Hebel für eine weniger qualvolle Tierhaltung in der Hand. Außerdem müssen die externen Kosten in die Berechnung einbezogen werden. Beispielsweise indem die Subventionen der LandwirtInnen danach ausgerichtet werden, wie ökologisch sie ihre Höfe betreiben und wie sie mit den Tieren umgehen. Klar ist aber auch, dass der Konsum an Tierprodukten gesenkt werden muss und zwar radikal. Auf meine Frage ob es eine artgerechte Tierhaltung geben kann, antwortete der Biobauer klar: „Nein!“ Artgerecht könne keine Tierhaltung sein, denn schon die Haltung und Schlachtung an sich schränke die natürliche Lebensweise der Tiere ein. „Artgerechte Tierhaltung ist unmöglich, auch in der Biolandwirtschaft.“ so der Landwirt weiter.



**Kathrin Henneberger (20)** hat für diesen Artikel einen Biobauernhof besucht und dem Bauer Löcher in seinen Ziegenkäse gefragt.

Deswegen wird der Weg zu einer Vermeidung von Tierquälerei realistisch nur funktionieren, wenn wir als Menschen bessere Tierprodukte kaufen (sofern das überhaupt notwendig ist) und gleichzeitig auf eine möglichst pflanzliche Ernährung umsteigen. Damit die Ausbeutung der Tiere durch den Menschen endlich ein Ende findet.

## Inhaltsverzeichnis

### Schwerpunkt Tiere

- 1: Reportage über Tierhaltung
- 2: Editorial
- 2: Zoos abschaffen!
- 3: Vegane Ernährung ist gesund
- 3: Toleranz und Ernährung
- 4: Pro Tierschutz
- 4: Haustiere und Fleischkonsum
- 5: Pro Tierrechte
- 5: Interview über Pelzindustrie
- 6: Interview zu Tierversuchen
- 6: Jagd abschaffen!

### G8 und BürgerInnenrechte

- 7: Rückblick G8
- 8: Die Gewaltfrage
- 9: Interview mit Anwälteverein
- 9: §129 a abschaffen!
- 10: Reportage G8-Gefängnis
- 11: Datenschutz

### Intern

- 12: Vorstellung K-Gruppe
- 12: Bericht Bundesvorstand
- 12: Einladung Bundeskongress

# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Auf der Weide neben der Almhütte in den malerischen Alpen grasen vereinzelt ein paar Kühe. Sie wirken friedlich, scheinen glücklich zu sein. Ein idyllisches, harmonisches Leben. Dieses Bild, genauer gesagt diese Lüge, versucht uns die Fleisch- und Milchindustrie aus Imagegründen vorzutauschen. Logisch, die brutale und grausame Realität in den Massengefängnissen und Schlachthöfen ist nicht unbedingt verkaufsfördernd. Die millionenfache Tierquälerei versucht die Tierindustrie lieber zu verschweigen. Über Kastrationen ohne Betäubung, die Schläge und Tritte von Wärtern, den geringen Platz in den engen Käfigen, den großen Stress, die Verletzungen und Verkrüppelungen in den Tierfabriken wird in den Medien kaum berichtet. Doch dabei macht SPUNK nicht mit! Wir brechen das Schweigen und haben uns aufgemacht, um die grausamen Bedingungen der Tierausbeutung zu dokumentieren. Nicht nur in der Landwirtschaft, auch für Tierversuche, Pelze, bei der Jagd und in Zoos werden Tiere gequält und ausgenutzt. Philosophisch werden wir in dieser Ausgabe auch und debattieren über das Spannungsverhältnis zwischen Tierrechten und Tierschutz.

Aber auch das Thema der Linken in diesem Sommer - der Gipfel - kommt nicht zu kurz. Wir werfen im Hinblick auf die Verschärfungen im Bereich der inneren Sicherheit einen Rückblick auf die Vorkommnisse rund um den G8-Gipfel. Ebenso erörtern wir die Gewaltfrage aus emanzipatorischer Sicht und diskutieren über die Abschaffung des § 129a.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

### Eure SPUNK-Redax

Kathrin, Rasmus, Svenja, Rieke, Silke, Luise und Sven

P.S.: SPUNK möchte Feedback. Deswegen scheut euch nicht uns eure Meinung mitzuteilen. Der Artikel war blöd, das Foto hat mich berührt oder ich möchte den/die hübscheN AutorIn kennen lernen. Wir freuen uns über LeserInnenbriefe von euch und drucken diese auch gerne ab. Kommentare, Rückmeldungen, Liebesbriefe und vertrauliche Regierungsinformationen bitte an [spunk@gruene-jugend.de](mailto:spunk@gruene-jugend.de).

# Schluss mit der Belustigung!

## Ein Plädoyer für die Abschaffung des Zoos

*Zoos abschaffen? Zugegeben, der Vorschlag trifft in Deutschland selten auf viel Gegenliebe. Von seinen BefürworterInnen als Arche Noah gepriesen, präsentiert sich der moderne Zoologische Garten von heute tierfreundlich und erlebnisreich zugleich. Vorbei sind die Zeiten, in denen Tiere auf blutige Weise in der Wildnis gefangen und nach Europa verschleppt wurden. Verschwunden sind in den meisten Fällen auch die engen Knäste und die hohen Zäune. Vermutlich deshalb richtet sich gegen ihn inzwischen kaum noch öffentlicher Widerstand. Nadine McNeil plädiert dafür, dass wir trotzdem daran fest halten.*

Die Debatte über Zoos verläuft dubios, vorausgesetzt sie findet überhaupt statt. Meistens sind es die erregten Berichte der ZoobesucherInnen, die mensch zu hören bekommt, die erzählen wie unglaublich süß doch wieder alles war. Persönlich kann ich an der unterdrückenden Zurschaustellung von Tieren nichts Süßes finden. Doch die Argumente für den Zoo halten sich hartnäckig. Zeit, ihnen mal kritisch auf den Grund zu gehen.

### Currywurst statt Tierkunde

Da wäre als erstes das älteste Argument der Zoodirektoren, der Zoo würde die Bildung in Natur- und Tierkunde fördern und die BesucherInnen für das Dilemma bedrohter Arten sensibilisieren. Woran sich der Erfolg misst, ist allerdings nicht zu erkennen. 94 Prozent aller Deutschen besuchen mindestens einmal im Leben einen Zoo. Würde sich nur ein Viertel dieser Menschen um Natur- und Artenschutzbelange sorgen, sehe die Welt bei weitem anders aus. Konsequenterweise würden sie sich dann wohl zwischen Zwergziegen und Breitmaulnashörnern nicht noch schnell eine Currywurst reinpfeifen. Wer ein wirkliches Interesse am tierischen Leben hat, der lernt bei jeder TV-Dokumentation mehr.



Foto: f1101075

Mindestens genauso fragwürdig und dennoch beliebt ist die Behauptung, der Zoo wäre ein Hort der Wissenschaft und in seiner Funktion als Ort des Forschens an tierischen Verhaltensmustern unersetzlich. Ungeklärt bleibt dabei jedoch die Frage, wie das naturtypische Verhalten der armen Kreatur erforscht werden soll, die sich in Gefangenschaft befindet und dementsprechend artuntypisch verhält.

### Gewinnmaximierung statt Artenschutz

Doch wie sieht es nun aus mit dem Zoo als Arche Noah, der bedrohte Tierarten vor dem Aussterben bewahrt? Weil das Ziel der langfristigen Gewinnmaximierung, wie in allen Unternehmen, auch in den Zoos die oberste Maxime bildet, beschränkt sich das Bedürfnis bedrohte Arten zu retten allenfalls auf spektakuläre Arten, bei denen es sich betriebswirtschaftlich lohnt sie auszustellen. Solange dies so bleibt, lässt sich der

Kampf gegen das Artensterben – bei aller Dramatik – mit Zoos nicht gewinnen. Zudem: Was vor einigen Jahren im Falle der Auswilderung des Wisals gelungen ist, gilt realistisch betrachtet leider nur für die wenigsten Tierarten. Denn fast immer sterben Arten dann aus, wenn ihr Lebensraum vom Menschen zerstört oder beschlagnahmt und eine Wiederansiedelung folglich utopisch ist. Die Tiere erwartet stattdessen eine Zukunft in ständiger Gefangenschaft.

### Verhaltensstörungen statt artgerechtem Leben

Die Zoos haben sich gewandelt und sind nun viel artgerechter, heißt es dann zum Schluss noch. Weg von den Knästen, hin zu geräumigen Gehegen, die dem natürlichen Lebensraum der Tiere nachempfunden sind. Nur: Den artgerechten Zoo gibt es nicht und wird es nie geben, auch wenn uns die äußere Verpackung etwas anderes vorgaukelt. Mögen

die optischen Ähnlichkeiten zur Natur auch noch so beeindruckend sein: klimatische Bedingungen, Stressfaktoren, Konkurrenzbedingungen, Futtersituation - all das, was den Lebensraum einer Art ausmacht, lässt sich im Zoo nicht nachbilden. Artgerecht sind diese Inszenierungen allein für den schaulustigen Menschen, dem der Anblick von Tieren in engen Käfigen dann doch auf das Wohlbefinden schlägt. Angesichts der neuen Luxuskäfige fällt es den BesucherInnen leichter, den Schwindel vom Wandel der Zoos zu glauben. Am Leid der Tiere hat sich aber nicht viel geändert.

Gerade für die Publikumsmagneten wie Knut und seine Eisbär-KollegInnen ist die Zoohaltung eine Qual, denn sie durchstreifen in der Natur - geleitet von einem starken Wander- und Jagdtrieb - riesengroßen Reviere an den Küsten des Nordpolarmeeres. Dem Gießener Tierschutzprofessor Hanno Würbel zufolge gibt es in deutschen Zoos keinen einzigen Eisbären, der keine Verhaltensstörung aufweisen würde. Besonders schlimm treffen es die Tiere wie Knut, die von Hand aufgezogen werden. So entzückt Medien und BesucherInnen beim Anblick des knuffigen Bären auch sind, wer Eisbären, Elefanten und Raubtiere in Zoos hält, nimmt die Qual der Tiere billigend in Kauf. Solange sich die Abschaffung der Institution Zoo als Ganzes nicht durchsetzen lässt, wäre zumindest ein konsequentes Ende der Raub- und Wandertierhaltung eine tierethische Pflicht.

**Nadine McNeil, 21**, studiert Umweltwissenschaften in Lüneburg und ist Schatzmeisterin der GRÜNEN JUGEND



# Ich ess Blumen

## Gesundheit und vegane Ernährung



Foto: neurofemiss

Hunderttausende Menschen in Deutschland ernähren sich ausschließlich vegan. Die Entscheidung für eine Lebensweise ohne den Konsum von Tierprodukten erfolgt vorrangig aus ethischen Beweggründen. Jedoch auch gesundheitliche Gründe können ein Motiv sein auf Tierprodukte zu verzichten. Sven-Christian Kindler erläutert, wie eine gesunde pflanzliche Ernährung aussieht und warum der Verzehr zu vieler Tierprodukte krank macht.

„Veganer? Die sind doch alle bleich und unterernährt. Gesund kann das doch nicht sein.“ So die gängigen Vorurteile von breiten Teilen der Öffentlichkeit gegenüber Menschen, die sich rein pflanzlich ernähren. Von den vielen vegan lebenden OlympiasiegerInnen (z.B. Carl Lewis), BodybuilderInnen oder TriathletInnen spricht dagegen kaum eine. Und auch die die neusten wissenschaftlichen Studien zeigen, dass die vegane Ernährung bei richtiger Durchführung entscheidende Vorzüge gegenüber der konventionellen Mischkost bietet.

### Vegan ist gesund

Dass eine ovo-lacto-vegetarische Ernährungsform aus medizinischer Sicht positiv bewertet werden kann, ist mittlerweile durch viele empirische Studien nachgewiesen. So weist der Expertenbericht der Eidgenössischen Ernährungscommission des Schweizer Gesundheitsamtes aus dem Jahr 2006 darauf hin, dass „Leute mit einer vegetarischen Ernährung gegenüber Omnivoren (MischköstlerInnen, Anm. des Autors) klare gesundheitliche Vorteile haben.“

Aber auch die vegane Ernährung kann gesund sein und muß nicht zu Mangelerscheinungen führen, wie es weitläufig immer wieder in den Medien verbreitet wird. „Richtig praktiziert ist eine gesunde vegane Ernährung in jeder Altersphase möglich.“ erläutert der Ernährungswissenschaftler Prof. Dr. Claus Leitzmann gegenüber dem SPUNK. Leitzmann hat zusammen mit Prof. Dr. Andreas Hahn die „Deutsche Vegan Studie“ initiiert und durchgeführt, bei der erstmals in Deutschland repräsentativ die gesundheitlichen Auswirkungen des Ernährungsverhalten von über hundert VeganerInnen erfasst wurden, die sich jahrelang vegan ernährt hatten. „Die vegane Ernährung bietet vor allem gesundheitliche Vorteile wegen des Vermeidens des Verzehrs von tierischen Fetten und der damit geringeren Gefahr an Adipositas (Fettleibigkeit, Anm. des Autors) und deren gefährlichen Folgen zu erkranken“, so Leitzmann weiter. Generell trete bei gut zubereiteter veganer Ernährung keine Mangelsituation auf. „Alle lebensnotwendigen Nährstoffe können mit pflanzlicher Kost aufgenommen werden. Die einzige Ausnahme bildet das Vitamin B12, wobei bei VeganerInnen erst nach Jahren nach Beginn der veganen Ernährung ein B12-Mangel auftreten kann, der jedoch problemlos durch die Einnahme von Nahrungsergänzungsmitteln behoben werden kann.“ führt der Ernährungswissenschaftler aus.

Auch die mit rund 70.000 Mitgliedern größte US-amerikanische Vereinigung von Ernährungsexperten ADA (American Dietetic Association) stelle 2003 fest: „Eine gut geplante vegane oder andere Art der vegetarischen Ernährung ist für jede Lebensphase geeignet, inklusive während der Schwangerschaft, Stillzeit, Kindheit und in der Pubertät.“ Gut geplant heißt in dem Kontext natürlich nicht literweise Cola, Unmengen an Chips oder Pommes frites zu verschlingen. „Pudding-VeganerInnen“ leben nicht gesund. Die vegane Ernährung sollte wie jede andere Ernährungsform abwechslungsreich und vollwertig sein und besonders reichlich Gemüse, Obst und Vollkornprodukte, aber auch Nüsse, Hülsenfrüchte (auch Soja), enthalten.

### Fleisch macht krank

Die meisten MischköstlerInnen (nicht alle!) in Deutschland ernähren sich jedoch nicht abwechslungsreich und essen zu viel Weißmehlprodukte, Zucker und vor allem Fleisch. Es ist wissenschaftlich in etlichen empirischen Studien nachgewiesen worden, dass vor allem der übermäßige Fleischkonsum in den Industriestaaten ungesund ist und für viele der Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislaufkrankungen, Krebs, Adipositas, oder Diabetes II mitverantwortlich ist. Aktuell hat z.B. dieses Jahr die EPIC-Studie, bei der in 10 europäischen Ländern über 519.000 Menschen teilnahmen, ergeben, dass das Risiko an Magen- und Darmkrebs zu erkranken mit dem Verzehr von rotem Fleisch deutlich ansteigt.

### Ethisch essen

Ist aber Gesundheitsverträglichkeit die einzige entscheidende Frage bei der Wahl der Ernährungsform? Wenn das Optimum an Gesundheit das Ziel sein soll, müsste nicht auf Fleisch, sondern auch auf den Konsum von Alkohol, Kaffee, Zucker oder Schokoriegeln verzichtet werden. Aus libertärer Sicht sollte über eine gesunde Lebensweise aufgeklärt, sie jedoch nicht paternalistisch verordnet werden. Bei der Wahl der Ernährungsform sollten zwar gesundheitliche Aspekte eine wichtige Rolle spielen, aber auch ökologische, soziale und ethische Konsequenzen müssen mitbedacht werden. So zeichnet sich gerade die vegane Ernährung durch eine geringe Umweltbelastung aus und vermeidet gleichzeitig die qualvolle Ausbeutung und Tötung von leidenden Tieren. Zur ethischen Dimension des Essens äußerten sich auch 1988 schon „Die Ärzte“. Seit 20 Jahren singen sie jetzt schon auf ihren Konzerten: „Ich ess Blumen, denn Tiere tun mir leid!“

**Sven-Christian Kindler (22)** ist Mitglied im Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen und arbeitet als Betriebswirt in Hannover. Er lebt seit mehr als einem Jahr vegan und ist Blutspender. Seine Blutwerte sind immer im grünen Bereich.



# Wann fressen wir uns gegenseitig?

Der zu hohe Fleischkonsum unserer Gesellschaft ist nicht nur unter dem Aspekt Tierquälerei ein Skandal. Auch die Umweltschäden durch Massentierhaltung fordern ein sofortiges Umdenken. Deshalb forderte die GRÜNE JUGEND Göttingen von ihrem Kreisverband Fleischverzicht bei bündnisgrünen Veranstaltungen und nannte dies: Vegetarismusantrag. Dieser sorgte für heftige Ablehnung und einen Rauswurf aus der Vorstandssitzung. Warum gerade das Thema Fleischkonsum auf so viel Intoleranz stößt, diskutiert Julia Willie Hamburg.

Der Fleischkonsum. Eines der umstrittensten, emotional aufgeladene Themen nicht nur in unserer Ortsgruppe. Die intolerante Art der Ablehnung unseres Antrags verwunderte uns sehr. Wir versuchten eine Lösung zu finden, indem wir in Form einer Podiumsdiskussion mit einem Biobauern und einem Veganer EsserInnen aller Couleur an einen Tisch baten. Zudem suchte ich zur Klärung dieser Frage eine der größten Datensammelpattformen auf: das StudiVz. In den verschiedensten Anti- und Anti-Anti-VegetarierInnengruppen startete ich Umfragen.

### 70 Anti-VegetarierInnengruppen im StudiVz

Auffällig war der riesige Niveauunterschied. Während VegetarierInnen über Ethiktheorien und den optimalen Verzicht auf tierische Produkte redeten, hauten die Anti-VegetarierInnen platt drauf. Fragen nach dem Recht einer überlegenen

Spezies unterlegene Spezies auszu-beuten standen Aussagen wie „Kacke VeganerInnen vor dem Anal-sex?“ und „VegetarierInnen aufessen, sie sind unterhalb der menschlichen Nahrungskette“ gegenüber. „Wie kann mensch sich nur die Mühe machen?“, der Grundton der Einen; „Wie kann mensch nur so ignorant und dumm sein?“, die Frage der Anderen.

Die Intoleranz von VegetarierInnen erklärt sich aus der eigenen Motivation heraus. Hat mensch entschieden keine Tiere mehr zu quälen, um Fleisch zu konsumieren, so fällt Toleranz gegenüber Andersgesinnten schwer. Noch konsequenter sind hier VeganerInnen, die häufig auch VegetarierInnen als inkonsequent erachten. Es ist allseits bekannt, dass auch für die Eier- und Milchproduktion Tiere gequält und getötet werden müssen. Fragt mensch FleischesserInnen nach Gründen ihrer Intoleranz, so erklären sie diese oft als Reaktion auf 'militante' VeganerInnen. In der Tat sind ebenfalls viele VegetarierInnen in den 70(!) AntivegetarierInnengruppen im StudiVz und hetzen dort teilweise auch mit Nazivergleichen.

VegetarierInnen versuchen die Intoleranz der FleischesserInnen meist mit dem schlechten Gewissen letzterer zu begründen. Auch wenn die meisten FleischkonsumentInnen unterbewusst wissen, dass Massentierhaltung brutal und grausam ist, so beschäftigen sich doch die wenigsten im Detail mit den Folter- und Qualmechanismen, denen die Tiere für die Fleischproduktion ausgesetzt sind. Bei Penny an der Kühltheke

wird dann trotz eines kurzen mulmigen Gefühls zum Rinderhacksteak für 1,99 gegriffen.

### Welchen Wert haben Tiere?

Unsere Podiumsdiskussion hat ein eindeutigeres Resümee zu der Leitfrage gefunden. Der Ökobauer brach die Podiumsdiskussion ab. Wenn mit grundsätzlicher Verwerflichkeit von Fleischkonsum argumentiert werde, kann es keinen Kompromiss zwischen FleischesserInnen und VegetarierInnen geben, somit sei seiner Ansicht nach eine Diskussion unnötig.

Und richtig: „Fleisch essen“ auf der einen und „Fleischverzicht“ auf der anderen Seite sind vor allem eins: nicht kompromissfähig, Sie schließen sich aus. Der Ausschluss zweier Positionen mündet zwingend in Intoleranz, da keine Position die Gegenposition akzeptieren kann, ohne sich selbst aufzulösen. Fleischkonsum und -verzicht bauen zudem auf unterschiedlichen normativen Prämissen bezüglich des Wertes von Tieren auf. Hier gilt es jedoch zu differenzieren: Es gibt Menschen, die Tiere als Waren betrachten und Menschen, die Tiere als untergeordnete, aber nicht zwingend zu quälende Lebewesen ansehen; zudem gibt es Menschen, die finden, dass Tiere ganz natürlich Leben sollten und Menschen, die das Verfügen über das Leben von Tieren, also auch das Töten und Ausbeuten, grundsätzlich ablehnen. Je nach Grad der Einschätzung des Wertes von Tieren

wird die Intoleranz und auch die mangelnde Kompromissfähigkeit in Bezug auf Fleischkonsum steigen. Das Problem normativer Prämissen ist zudem, dass diese rein subjektiv und deshalb nicht diskutierbar sind.

Dennoch könnte überlegt werden, ob nicht gerade Menschen, die Tiere nicht quälen wollen und Menschen, die eine weniger tierquälerische Haltung fordern und deshalb kein Fleisch essen, einen Kompromiss finden: Weniger Fleischkonsum und eine halbwegs artgerechte Tierhaltung, die ihren Preis hat, wobei die derzeitige Biohaltung noch nicht als "artgerecht" bezeichnet werden kann. Nun werden aber sicherlich zum einen Streitigkeiten über Fragen wie „Was heißt artgerecht?“ oder "Ist artgerechte Haltung nicht ein Widerspruch in sich?" entstehen, zum anderen werden viele Menschen aufschreien, dass Fleisch dann zu teuer werde. Aber solche Einsprüche zeigen dann wieder die unterschiedlichen Vorstellungen von Menschen und Tierrechten. Und gerade die extremen, sich ausschließenden Positionen können deshalb wahrscheinlich niemals vereinbar sein.

**Julia Willie Hamburg (21)** studiert Politikwissenschaften und ist Mitglied der GRÜNEN JUGEND Göttingen.



## Vegan und lecker!

Kürbissuppe (Für 4 Personen)

- \* 1 Hokaidokürbis
- \* 6 Karotten
- \* 1 Becher Soja-Creme Fraiche
- \* 1 Liter Sojamilch
- \* Gemüsebrühe
- \* Pfeffer, Salz
- \* frische Petersilie

-> Kürbis aushöhlen, Karotten schälen, alles klein schneiden und in Salzwasser kochen  
-> wenn alles weich ist, dass Wasser abgießen, die Sojamilch dazugeben und alles pürieren  
-> Mit Brühe, Pfeffer und Salz abschmecken und alles köcheln lassen, bis die Suppe andickt  
-> Auf einem Teller mit Creme Fraiche und der frischen Petersilie anrichten

Die Soja-Creme Fraiche kann auch untergerührt werden!

Guten Appetit!!!

## ... und die Tiere ...



Foto: Kekko

Ein „Recht auf Leben“ auch für Tiere? Bloß nicht! meinen Julia Seeliger und Sebastian Brux. Zivilisiert ist nur eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Tiere mit Menschen auf eine Stufe zu stellen, ist gefährlich – denn die Menschenwürde ist unteilbar. Tiere sollen keine Rechte haben, sehr wohl aber Schutz vor sinnloser Ausbeutung. Das ist seit 2002 auch im Grundgesetz niedergelegt.

politische Führung vorstellen, die diese bis in ihre letzte Konsequenz umsetzt, noch wünschen wir uns den moralischen Zwang zur Gleichschaltung der individuellen Ernährung.

### Menschenwürde ist Wert an sich

TierrechtlerInnen beklagen, dass das Staatsziel Tierschutz keinen individuellen Anspruch begründe, wie es beispielsweise bei den Grundrechten der Fall ist. Politik und Rechtssystem sind allerdings Teil der menschlichen Kultur, sie sind mit der menschlichen Kultur gewachsen, sie sind vom und für den Menschen gemacht. Modern und zivilisiert ist eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Die „Würde des Menschen“ ist ein Wert an sich, der unteilbar ist. Deswegen lehnen wir ein Weltbild, welches die Grenzen zwischen Mensch und Tier verwischt, ab. Vor diesem Hintergrund ist auch die Sprache zahlreicher TierrechtlerInnen zu kritisieren, die bei Menschen von „nichtmenschlichen Tieren“ sprechen. Zur Evolution der Menschen gehört auch die kulturelle Evolution – der Mensch ist somit nicht nur „Tier“, sondern kulturelles und soziales Wesen. Vielfalt und Ungleichheit werden in einer modernen Gesellschaft durch Gesetze und den Sozialstaat ausgeglichen. Politiken, die das Zusammenleben der Menschen durch die Biologie bestimmt sehen – wie in Debatten um Demografie, um Migration oder um die Rechte von Homosexuellen – gehören in die biologische Mottenkiste.

### Hühner-KZ: Juden mit Tieren verglichen

Abzulehnen ist die Denkart jener Teile der Tierrechtsbewegung, die auch vor Holocaustrelativierung nicht zurückschreckt. So startete 2003 die weltweit größte und bekannteste Tierrechtsorganisation PETA ihre Kampagne »Holocaust On Your Plate«, in der Bilder von Juden in Konzentrationslagern neben jene von getöteten und misshandelten Tieren gestellt wurden. Auch der antisemitische Vergleich von Juden mit Hühnern, welcher die Begrifflichkeit des „Hühner-KZ“ hervorbrachte, um eine sprachliche Ablehnung der Käfighaltung zu erzeugen, spielt mit der NS-Herabsetzung der Juden – Juden werden auf eine Stufe mit Tieren gestellt. Solche menschenverachtenden Einstellungen sind aber nicht Konsens in der Tierrechtsbewegung – viele haben sich schon damals deutlich und sofort distanziert.

Es gibt aber auch zwischen Tierschutz und Tierrecht gemeinsame Ziele: Mittelfristig muss mit der industriellen Tierhaltung Schluss sein. Auch den zweifelhaften Luxus der Pelztierhaltung darf sich eine zivilisierte Gesellschaft nicht gönnen. Hier sehen wir auch die Anknüpfungspunkte. Wir wünschen uns von der Tierrechtsbewegung weniger moralische Zeigefinger, sondern eine Fokussierung auf realistische Ziele – im Interesse von Mensch und Tier.



**Julia Seeliger (28)** mag Tiere aus Stoff und aus Keksteig und ist Mitglied im Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie isst keine Tierprodukte, aber aus Gründen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit zwischen den Menschen auf der Welt.

**Sebastian Brux (23)** ist Politischer Geschäftsführer der GRÜNEN JUGEND und seit 10 Jahren Vegetarier. Er studiert in Berlin Soziale Arbeit.



### Was es zu Tieren zu sagen gibt...

„Alle Geschöpfe der Erde fühlen wie wir, alle Geschöpfe der Erde streben nach Glück wie wir, alle Geschöpfe der Erde lieben, leiden und sterben wie wir. Also sind sie uns gleichgestellte Werke des allmächtigen Schöpfers.“  
- Franz von Assisi

„Gerechter Gott! Aus wieviel Marterstunden der Tiere lötet der Mensch eine einzige Festminute für seine Zunge zusammen!“  
- Jean Paul

„Alles, was der Mensch den Tieren antut, kommt auf den Menschen wieder zurück.“  
- Pythagoras

„Wer gegen Tiere grausam ist, kann kein guter Mensch sein.“  
- Arthur Schopenhauer

„Wenn der moderne Mensch die Tiere, deren er sich als Nahrung bedient, selbst töten müßte, würde die Anzahl der Pflanzenernter ins Ungemessene steigen.“  
- Christian Morgenstern

„Solange es Schlachthöfe gibt, wird es Schlachtfelder geben!“  
- Leo Tolstoj

„Ich bin sowohl Vegetarier als auch leidenschaftlicher Antialkoholiker, weil ich so besseren Gebrauch von meinem Gehirn machen kann.“  
- Thomas Edison

„Ich glaube an den friedlichen Protest, und keine Tiere zu essen ist ein gewaltfreier Protest.“  
- Paul McCartney

„Wir brauchen für die Tiere keine neue Moral. Wir müssen lediglich aufhören, Tiere willkürlich aus der vorhandenen Moral auszuschließen.“  
- Helmut Kaplan

... und die Tiere .... diesen drei Worten in Artikel 20a unseres Grundgesetzes ging ein zehnjähriger, langer Weg voraus und viele von uns, auch in grünen Kreisen, unterstützten die Aktion „Tierschutz ins Grundgesetz“ mit Unterschriftenlisten. 2002 stimmte der Bundestag in seinem vierten Anlauf als erstes europäisches Parlament für ein Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz. Einer repräsentativen Umfrage von EMNID zu Folge stimmten 79 Prozent der Deutschen zu der Zeit dem Anliegen zu, was sich bis heute nicht signifikant geändert haben dürfte.

### Erste gesetzliche Schutzmechanismen

Doch wofür erhält der Tierschutz Verfassungsrang? Und worin liegt die Abgrenzung zu Tierrechten? Staatsziele beinhalten richtungsweisende Aufträge an die Legislative bei der Ausgestaltung von Gesetzen. Dies ist besonders in der Forschung wichtig, welche seit Bestehen der Bundesrepublik über eine grundgesetzlich verbrieft Forschungsfreiheit verfügt. Verbote in der Forschung mit Tieren konnten deshalb bis 2002 relativ leicht aufgehoben werden, da die geschützte Forschungsfreiheit Vorrang hatte. Zwar werden auch heute noch unnötige und ethisch fragwürdig Tierversuche durchgeführt, immerhin existieren aber erste gesetzliche Schutzmechanismen. Diese müssen ausgebaut werden, doch ein grundsätzliches Nein zu Tierversuchen ist die falsche Konsequenz; Tierversuche können dort sinnvoll sein, wenn sie der einzige Weg sind, Erkenntnisse zu gewinnen, mit denen menschliche Krankheiten geheilt werden können. Die Leiden der Tiere müssen dabei minimiert und Ersatzverfahren ausgebaut werden. Klar ist jedoch: In der Abwägung zwischen menschlichem und tierischem Leid muss die Linderung des menschlichen Leids höher bewertet sein.

An diesem Beispiel werden die Differenzen zwischen TierrechtlerInnen und TierschützerInnen deutlich: Am weitestgehend ist dabei die Forderung nach dem „Recht auf Leben“, welches auch Tieren zugute kommen sollte. Das „Recht auf Leben“ für Tiere stößt jedoch dort an seine Grenzen, wo es an die Abwägung geht. Sollen Krankheiten auch weiterhin an Tieren erforscht werden? Was ist, wenn eine Hungersnot ausbricht, und sich die Frage stellt, ob das nächste Wesen, das geschlachtet wird, eine Kuh ist oder der kleine Nachbarjunge? Darf ein Raubtier, das einen Menschen angreift, getötet werden?

### Forderung nach der veganen Gesellschaft

Wenn wir Tieren ein „Recht auf Leben“ anerkennen, wäre das in der Folge überdies die Forderung nach einer veganen Gesellschaft, die nicht nur im philosophischen Diskurs in ihrer Umsetzungsfähigkeit sehr umstritten ist. Davon ist unbenommen, dass eine vegane Gesellschaft aus ökologischen Gründen zu begrüßen wäre – wer seinen ökologischen Fußabdruck minimieren möchte, tut gut daran, auf Tierprodukte zu verzichten. Über eine Öko-Steuer auf landwirtschaftliche Produkte, insbesondere die ressourcenintensiven Tierprodukte, sollte ernsthaft nachgedacht werden. Doch darum geht es nicht – hier geht es um die Moral. Eine Ernährungspolitik aus moralischen Erwägungen lehnen wir ab: Wir können und wollen uns weder eine autoritäre

## Von Fohlensteaks und Fischstäbchen

Kann man sein Haustier lieben und trotzdem Fleisch essen? Von Luise Neumann-Cosel.

Wenn ich mit meinem Hund im Wald war, haben mich oft andere HundebesitzerInnen angesprochen. „Der ist aber süß!“ „Wie alt ist der denn?“ „Ist das ein er oder eine sie?“ Und dann folgte ein erschlagender Monolog über den eigenen Schützling. Dass er ja gerade so schlecht frisst. Und dass er ja so ungestüm und wild sei. Aber trotzdem süß, gell? Richtiger kleiner Racker.

Was man als Nicht-HaustierhalterIn niemals wird nachvollziehen können, ging mir genauso: Man liebt sein Tier. Es gehört zur Familie, man hat es oft von Beginn seines Lebens begleitet und man kennt seine Persönlichkeit. Seine Persönlichkeit? Jawohl, seine Persönlichkeit. Man

lernt Eigenarten und Macken des Tieres kennen und etwas, das sich wohl am ehesten mit „Charakterzüge“ umschreiben lässt. Ungeachtet aller wissenschaftlicher Arbeiten über Selbsterkenntnis und Persönlichkeit bei Tieren. Ein Verlust des Familienmitglieds Tier schmerzt, und würde jemand unserem Tier das Leben nehmen wollen, würden wir das getrost mit „Mord“ beschreiben.

Ich bin also den lamentierenden Hundehalter losgeworden und jedeR geht wieder seiner bzw ihrer Wege. Und ich wette 10 zu 1: Auf dem Abendbrotstisch des passionierten Hundeliebhabers liegen heute Abend Salami und Schinken. Hat sein Hund nun eine Persönlichkeit oder nicht – er liebt ihn und würde nicht zulassen, dass ihm Unheil getan wird. Andere Tiere? Nicht seine Sache, kann also gerne auf seinem Teller liegen!

Ich kenne PferdebesitzerInnen, die grillen sich abends gerne mal ein Fohlensteak. Wie viele Aquarien mag es wohl in Deutschland geben, und wie viele davon stehen neben Esstischen, an denen man regelmäßig Fischstäbchen verputzt? Was vielleicht beim Fohlensteak besonders pervers erscheint, ist doch eigentlich nur ein kleiner Ausläufer dieses weit verbreiteten Paradoxons: Ich liebe mein Tier über alles – und trotzdem esse ich jeden Tag Tier. Dies ist weder ein Pamphlet dafür, sein Tier weniger zu lieben, noch ist es eines, nie wieder Fleisch zu essen. Es ist eher ein Versuch, auf diese Ungereimtheit in unseren Gedankengängen aufmerksam zu machen.

Was sollte der Hundemensch nun vor dem Salamibrot tun? Vielleicht muss er/sie nicht für sich durchdeklinieren, ob ein Tier nun eine

Persönlichkeit haben kann oder nicht und was daraus für seinen Hund, sein Fischstäbchen und sein Salamibrot folgt. Vielleicht wäre es doch schon sehr hilfreich, wenn man für sich klarstellt: Ob mit oder ohne Persönlichkeit – jedes Tier ist achtens- und schützenswert. Vielleicht hieße das dann bessere Zeiten für Mastschweine und Käfighühner. Bei 25 Millionen Haustieren in Deutschland besteht zumindest eine Chance.

**Luise Neumann-Cosel (21)** ist SPUNK-Redakteurin und lebt in Berlin. Sie hatte zehn Jahre lang einen Hund und ist nicht-militante Veganerin.



# Befreiung hört nicht beim Menschen auf!



Kann ein "Schutz der Tiere" das Leid und die sinnlose Quälerei von Millionen Tieren verhindern? Nein, meint Alexander Gilly, denn der Tierschutz akzeptiert die Nutzung und Tötung von Lebewesen und möchte die Ausbeutung der Tiere nur "humanisieren". Tiere brauchen deshalb eigenständige Rechte, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Auch die Menschenrechte würden dadurch gestärkt werden.

Wir befinden uns auf einem Bauernhof irgendwo in Deutschland. Eine Kuh steht alleine in ihrer Box und stößt klagende Schreie aus. Kein Wunder – hat mensch ihr doch vor einiger Zeit ihr Kind weggenommen. Nur einen Tag nach der Geburt. Ein anderer Ort in Deutschland. Hier werden Ferkel, also Schweinekinder, geboren. Innerhalb von 7 Tagen nach der Geburt werden ihnen die Hoden abgeschnitten. Ohne Betäubung. Man(n) stelle sich dies einmal am eigenen Körper vor.

Hierbei handelt es sich nicht um Einzelfälle oder Methoden der besonders grausamen Massentierhaltung. Im Gegenteil: Die beschriebenen Maßnahmen sind auch auf Bio-Höfen erlaubt und gängige Praxis. So dürfen Ferkel bei "Naturland" ohne Betäubung kastriert werden und bei "Bioland" heißt es: „Zu einer artgerechten Kuhhaltung gehört auch, dass die Kälber einige Zeit (meist ein bis zwei Tage) bei der Mutter verbringen.“ Sehr artgerecht. So sieht also Tierschutz in der Praxis aus, und dies waren nur zwei Beispiele. Dabei haben die Öko-Verbände die strengsten Vorschriften. Weitaus lascher sieht es beim EU-Bio-Siegel aus, und die konventionelle Tierhaltung brauche ich hier wohl gar nicht erst zu erwähnen.

Diese eklatanten Missstände dürfen aber nicht über die Wurzel des Problems hinwegtäuschen. Denn die meisten „Probleme“ in der Tierhaltung sind natürlich hausgemacht. Bei der starken Nachfrage nach Milch müssen die Kälber der immer wieder geschwängerten Milchkühe ja irgendwo hin – und werden zu Kalbfleisch. Und da das Festmahl nicht von strengem Ebergeruch getrübt sein soll, müssen die Ferkel eben kastriert werden. Auch Fragen, wieviel Platz eine Legehennen nun mindestens braucht, um die Bezeichnung 'aus „artgerechter“ Haltung' zu erhalten, oder ob Rindern die Hörner nun weggeätzt oder lieber weggebrannt werden sollten, sind Nebenkriegsschauplätze – denn nur die Freiheit ist artgerecht.

## Tierschutz: nur eine „Humanisierung“ der Ausbeutung

Der Tierschutz akzeptiert, dass nicht menschliche Tiere Interessen haben, jedoch auch, dass diese Interessen verletzt werden dürfen, solange es dafür Ergebnisse gibt, die diese Verletzungen rechtfertigen würden. Unterschiedliche Meinungen bestehen dann darin, was als Rechtfertigung für eine Verletzung angesehen wird. Reicht bereits der kurzfristige Gaumenkitzel oder muss es schon ein „gravierender Nutzen“ sein? Weder noch – wir sollten davon ausgehen, dass nicht menschliche Tiere - genauso wie Menschen - Interessen haben, die nicht so einfach verletzt werden dürfen, nur weil dadurch irgendein Vorteil entsteht. Sonst landen wir schnell bei einer „Der-Zweck-heiligt-die-Mittel-Philosophie.“

Tierschutz bedeutet auch immer nur eine „Humanisierung“ der Ausbeutung. An dem Grundproblem, nämlich dass der Mensch andere Lebewesen zur Befriedigung seines Genußtriebes missbraucht und tötet, ändert es schlichtweg gar nichts. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, die Humanisierung der Sklaverei oder die Zulassung einer „sanften Vergewaltigung“ zu fordern. Wir dürfen nicht ignorieren, dass es hier um nichts anderes als die Gefangenschaft und gewaltsame Tötung von leidensfähigen Individuen geht, welche andere Interessen haben, als vom Menschen als sogenannte „Nutztiere“ verbraucht zu werden. Bereits die Formulierung „Nutztiere“ impliziert, dass

nicht menschliche Tiere einen Zweck hätten, der sich darin erschöpft, für einen menschlichen Nutzen zu existieren. Dies entlarvt, wie die Problematik bereits in der Sprache verankert ist: Es ist von Milchkühen, Schlachtvieh, und Legehennen die Rede. Als ob diese Lebewesen keine anderen Interessen hätten, als für den Menschen ihre Eier zu legen oder ihre Milch oder sogar ihr Leben zu geben. Dieses perverse Fundament des heutigen Mensch-Tier-Verhältnisses wird von Seiten des Tierschutzes völlig außer Acht gelassen.

## Warum sollten Tiere eigentlich keine Rechte haben?

Das Grundproblem sind also nicht irgendwelche Nutzungsbedingungen, sondern die Nutzung an sich. Und die Frage lautet auch nicht, warum nicht menschliche Tiere überhaupt Rechte haben sollten, sondern warum sie keine haben sollten! Oft wird auf bestimmte, nur dem Menschen zukommende Eigenschaften oder Fähigkeiten hingewiesen - etwa Autonomie, Rationalität oder Selbstbewusstsein.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass es kein Merkmal gibt, welches irgendwie als moralisch relevant zählen kann, das entlang der Speziesgrenze Mensch – Tier verläuft. Es gibt sogar immer Tiere, bei denen das betreffende Merkmal sogar stärker ausgeprägt ist als bei bestimmten Menschen. Außerdem stehen wir vor einem großen Problem: Wenn wir die obigen Merkmale – Autonomie, Rationalität und Selbstbewusstsein – als Voraussetzung für die Verleihung von Rechten sehen, dann müssten wir kleinen Kindern, Menschen, die im Koma liegen, und geistig Schwerstbehinderten ihre Rechte absprechen.

Es steht völlig außer Frage, dass wir keinem Menschen Rechte absprechen wollen, so dass dieser Weg keine Lösung für dieses rein logische Problem sein kann. Wir müssen also die Kriterien für das Zugestehen von Rechten so großzügig formulieren, dass sie auch von diesen Menschen erfüllt werden. Und das bedeutet in der Konsequenz entsprechend den Postulaten vieler Philosophen, wie z.B. Helmut F. Kaplan, dass wir auch vielen nicht menschlichen Tieren Rechte verleihen müssen, da sie diese Kriterien erfüllen.

## Tierrechte vs. Menschenrechte?

Es geht nicht darum, Menschenrechte abzuwerten. Im Gegenteil, nicht menschlichen Tieren sollen endlich Rechte anerkannt werden, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen – ähnlich den Menschenrechten. Parallelen finden wir dann nicht nur bei den Inhalten der Rechte, sondern auch bei den Gründen, warum sie verfasst wurden. Vor allem, weil es Herrschaftsmechanismen gibt, bei denen Menschen sich grundlos über andere Menschen stellen, wie Sexismus, Rassismus und Antisemitismus. Wenn wir uns diese Formen der Unterdrückung und der Legitimation von Gewalt einmal genauer anschauen, merken wir, dass es sich mit unserem Verhältnis zu den anderen Tieren nicht anders verhält. Das nennt mensch Speziesismus – die Diskriminierung nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einer anderen Spezies.

Deshalb müssen wir Menschen und andere Tiere gemeinsam von diesen Herrschaftsmechanismen befreien!

Alexander Gilly (26) isst und trägt keine Tiere und ihr Eigentum. Er ist aktiv in der Bundesjugendleitung der BUNDjugend und kämpft für eine libertäre und vegane Gesellschaft.



## Until every cage is empty!

Sie kommen im Dunkeln, damit es für andere hell wird. Autonome TierbefreierInnen, die sich zur Tierrechtsszene zugehörig fühlen, befreien Tiere aus quälereichen Haltungsformen, zerstören Tierversuchslabore oder sägen Hochsitze von JägerInnen um. Das Ziel ist es einerseits, Tiere aus Stätten, in denen sie gequält werden, zu befreien und in ein gutes Zuhause zu übergeben, wo sie frei von Leiden bis zu ihrem natürlichen Ende leben dürfen. Ebenso soll all jenen, die von der Not und der Ausbeutung der Tiere profitieren, ökonomischer Schäden zugefügt werden. Weiterhin soll mit den direkten und gewaltfreien Aktionen und Befreiungen der Horror und die Gräueltaten, denen Tiere hinter verschlossenen Türen ausgesetzt, aufgezeigt werden. Wichtig ist den TierbefreierInnen dabei, dass alle notwendigen und erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, damit weder Mensch noch Tier bei den Aktionen zu Schaden kommen.

Den autonomen TierrechtlerInnen ist bewusst, dass sie Straftaten begehen, wenn sie Schlachterwerkzeug unbrauchbar machen oder Hochsitze umsägen, von denen aus JägerInnen hinterhältig auf wehrlose Tiere schießen. Doch der amerikanische Philosoph Dr. Steven Best entgegnet: "Seit wann stehen Werkzeuge, die Tod und Zerstörung bringen, außerhalb der Reichweite legitimer Angriffe?" Weil die Tiere sich nicht selbst wehren können, verstehen die TierbefreierInnen ihre Aktionen als Akte solidarischer Notwehr, um das Leid und die Quälerei von Tieren zu verhindern.

Weitere Informationen unter: [www.tierbefreier.de](http://www.tierbefreier.de)

# "Der Pelzindustrie bricht der Absatzmarkt weg"

Pelz ist Mord! Pelzhandel abschaffen! Seit Jahren werden PassantInnen und KonsumentInnen vor Modehäusern von der "Offensive gegen die Pelzindustrie" (OGPI) mit solchen Bannern und Flyern über die tierquälereiche Pelztierhaltung aufgeklärt. SPUNK-Redakteur Sven-Christian Kindler sprach mit dem Pressesprecher Michael Stern über die Haltungsbedingungen auf Pelzfarmen, die weltweite Bedeutung der Pelzindustrie und die bisherigen Erfolge der OGPI.

**SPUNK: Die Offensive gegen die Pelzindustrie setzt sich für einen Verkaufsstopp von Pelzen in Kaufhäusern ein und fordert die Schließung der Pelztierfarmen. Nun behaupten aber die Modegeschäfte, die Pelze anbieten, die Pelztiere würden unter „artgerechten“ Bedingungen gehalten. Wie muss ich mir das Leben z.B. eines Fuchses auf einer Farm vorstellen?**

Stern: Die Tiere auf sog. „Pelzfarmen“ leben auf sehr engen Drahtgitterkäfigen im eigenen Kot, ein Käfig neben dem anderen. Diese sensiblen Individuen können ihren natürlichen Bedürfnissen in keiner Weise nachkommen. Bis auf eine kleine Trinkration wird ihnen ihr Lebenselement Wasser gänzlich vorenthalten. Übrigens werden nach ca. 7 Monaten bereits alle Tiere brutal getötet, durch Vergasung oder Genickbruch. Diese Zustände bekommt kaum jemand mit und die Pelzindustrie versucht diese natürlich vor der Öffentlichkeit herunter zu reden oder sogar zu leugnen. Beispielsweise Susann Kolb-Wachtel - Sprachrohr des deutschen Pelzinstituts (DPI) - versucht dies regelmäßig. Mit allen Mitteln wird versucht, die grausame Wirklichkeit zu verbergen.

**Noch in den 1990er Jahren war das Tragen von Pelzen durch**

**massive Protesten von TierschützerInnen und TierrechtlerInnen in breiten Teilen der Gesellschaft geächtet. Nun stolzieren heute wieder vermehrt Modells mit Pelzen den Laufsteg auf und ab und auch die weltweiten Umsätze der Pelzindustrie steigen laut eigenen Angaben seit mehreren Jahren. Droht ein Rollback der Pelzindustrie?**

Ein Comeback von Pelz wird von der Branche beworben und der Trend suggeriert. Das ist kein Wunder und einzig allein Stimmungsmache, denn der Pelzindustrie bricht der Absatzmarkt weg, was die lawinenartigen Ausstiege von Modehäusern- und DesignerInnen aus dem Pelzhandel weltweit deutlich zeigen. Die Zahl der Pelzfarmen sinkt viel zu langsam, aber stetig. Diese Entwicklungen sprechen für sich und werden sich langfristig auch auf die Umsatzzahlen auswirken!

**Welche Erfolge konnte die Offensive gegen die Pelzindustrie in der Vergangenheit erringen?**

Nach dem Otto-Versand, der Karstadt-Quelle AG, C&A und einer langjährigen und schließlich gewonnenen Kampagne gegen Peek & Cloppenburg, teilten der Offensive u.A. auch Unternehmen wie Appellrath Cüpper, Kauhof, Sinn Leffers, Bonita, Adler und Gerry Weber nach Androhung einer Kampagne ihren Ausstieg aus dem Pelzhandel mit. Eine neue Kampagne steht bereits in den Startlöchern und wird bald beginnen. Infos dazu sind bald auf [www.ogpi.de](http://www.ogpi.de) verfügbar.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Michael Stern (26) ist Pressesprecher der Offensive gegen die Pelzindustrie, wohnt in Berlin und lebt selbstverständlich vegan.

## SCHWERPUNKT

### "Wir brauchen eine völlige Neuorientierung in der Medizin"

Jedes Jahr sterben Millionen Tiere in Deutschland durch Tierversuche für die Medikamenten- und Grundlagenforschung, aber auch zum Testen von neuen Parfüms, Kerzen oder Feuerlöschern. SPUNK-Redakteurin Svenja Tidau sprach mit Dr. Corina Gericke von der Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche über die wissenschaftliche Notwendigkeit von Tierexperimenten und alternative tierversuchsfreie Forschungsmethoden.

**SPUNK: Nehmen wir einmal an, Sie hätten die sichere Möglichkeit, ein Medikament zur Zerstörung des HI-Virus zu entwickeln und könnten so die Menschheit von der Geißel AIDS befreien. Für ihre Forschung wären aber Tierversuche unerlässlich. Würden Sie das Medikament entwickeln?**

Corina Gericke: Einen solchen theoretischen Tierversuch gibt es nicht. Zunächst einmal ist das Hauptproblem bei AIDS nicht ein fehlendes Medikament, sondern vor allem die mangelnde Bildung und Aufklärung der betroffenen Menschen. Tierversuche sind für die Entwicklung von Medikamenten keineswegs unerlässlich. AIDS und Krebs sind beste Beispiele für die Erfolglosigkeit der tiereperimentell ausgerichteten Forschung. Seit Jahrzehnten wird mit einem ungeheuren Aufwand in diesen Bereichen geforscht. Das Resultat ist bislang mehr als dürftig.

**Wie muss ich mir konkret die Durchführung eines Tierversuches vorstellen?**

Jedes Jahr werden allein in Deutschland mehr als 2,4 Millionen Ratten, Mäuse, Kaninchen, Hamster, Hunde, Katzen, Affen, Schweine, Fische und viele andere Tiere in Experimenten gequält und getötet. Die Tiere werden vergiftet, verstrahlt, erstickt, verbrannt, gentechnisch verändert, mit Krankheitserregern infiziert, sie werden mit Elektroschocks traktiert, ihnen werden die Beine durchgesägt usw. Nachzulesen ist dies in unserer Datenbank ([www.datenbank-tierversuche.de](http://www.datenbank-tierversuche.de)), in der über 3.500 Beschreibungen von in Deutschland durchgeführten Tierversuchen dokumentiert sind.

**Sie kritisieren in ihren Verlautbarungen, dass Tierversuche auch „aus wissenschaftlicher Neugier und Forscherdrang“ durchgeführt werden. Ist in der Geschichte nicht durch diese Neugier technischer und medizinischer Fortschritt erst möglich geworden?**

Neugier und Forscherdrang sind für den Fortschritt durchaus wichtig. Sie müssen allerdings ihre Grenzen haben, wo Leben und Wohlbefinden von Mensch und Tier geschädigt werden. Es darf nicht alles erlaubt sein, was machbar ist. Die Haupttriebfeder für Tierversuche ist das absurde Wissenschaftssystem. Die Qualität der Forschung wird nicht daran gemessen, wie vielen Menschen geholfen werden konnte, sondern an der Anzahl der Publikationen in renommierten Fachzeitschriften. Davon ist die Höhe der Forschungsgelder abhängig. Diese werden dazu verwendet, neue Publikati-

onen zu produzieren. Dieses System, das sich selbst erhält, ohne dass etwas Sinnvolles dabei herauskommen muss, funktioniert vor allem bei Tierversuchen. Die tierversuchsfreie Forschung ist weniger etabliert und weniger renommiert.

**Wenn Sie Experimente an Tieren ablehnen, welche alternativen Versuchsmethoden schlagen Sie stattdessen vor?**

Testmethoden mit menschlichen Zell- und Gewebekulturen, mit Computermodellen, Mikrochips, Mikroorganismen usw. liefern im Gegensatz zum Tierversuch aussagekräftige, für den Menschen relevante Ergebnisse. Es bedarf einer wesentlich stärkeren finanziellen und ideellen Förderung der tierversuchsfreien Forschung, damit sich ihr ungeheures Potential voll entfalten kann. Der Einsatz solcher moderner Forschungsmethoden ist vor allem im Bereich der Arzneimittelentwicklung und Chemikalienentwicklung sinnvoll. Wir brauchen aber insgesamt eine völlige Neuorientierung in der Medizin. Krankheiten dürfen nicht länger als Defekte angesehen werden, bei denen einige Symptome notdürftig unterdrückt werden. Die Medizin muss sich auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen, Krankheiten zu verhindern und zu heilen.

**Die Deutsche Forschungsgemeinschaft meint, Alternativmethoden können Tierversuche aufgrund der Komplexität des Organismus der Tiere nur ergänzen, nicht aber vollständig ersetzen.**

Viele Zellkulturmethoden können tatsächlich nicht vorhersagen, wie ein kompletter Organismus, ein ganzer Mensch, reagieren wird. Allerdings können Tierversuche dies genauso wenig. Was nützen uns Aussagen darüber, wie ein ganzer Körper auf ein Medikament reagiert, wenn es der falsche Körper ist? Wenn man jedoch verschiedene tierversuchsfreie Methoden miteinander kombiniert, erhält man Informationen, die sehr viel genauer und verlässlicher als der Tierversuch vorhersagen können, wie ein Mensch auf einen neuen Stoff reagieren wird.

Ein neu entwickelter Chip kombiniert Computer- und In-vitro-Methoden miteinander. In einem System aus winzigen, mit menschlichen Zellen verschiedener Organe ausgekleideten Gängen und Kammern auf einem Mikrochip kann die Verstoffwechslung neuer Medikamente getestet werden – fast wie in einem ganzen Organismus.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Dr. med. vet. Corina Gericke ist Tierärztin und Fachreferentin bei Ärzte gegen Tierversuche e.V.



## Menschen und Tiere in der GRÜNEN JUGEND

Wie sieht überhaupt der „richtige“ Umgang mit Tieren aus? Haltungsforderungen verbessern, Fleisch reduzieren oder etwa doch die vegane Gesellschaft?

Die Ablehnung von unnötiger Tierqual kann in der GRÜNEN JUGEND als Konsens bezeichnet werden. Dennoch bieten wir keine ganzheitlichen Zukunftskonzepte zu diesem Thema. Deshalb haben wir auf dem Bundeskongress in Halle die AG Mensch und Tier gegründet, die sich als Fachforum der GRÜNEN JUGEND schnellstmöglich anerkennen lassen will. Mit rund 20 Menschen, die als bunte Mischung von FleischkonsumentInnen bis VeganerInnen das Bild der GRÜNEN JUGEND gut widerspiegeln, haben wir inhaltlich diskutiert, sowie Sinn und Zweck einer AG bzw. eines Fachforums herausgestellt.

Wir sind der Ansicht, dass der Umgang mit Tieren nicht ein rein ökologisches Problem ist, sondern ebenso von ethischen, kulturellen, wirtschaftlichen und juristischen Aspekten betroffen ist. Wir werden uns weiter um eine formelle Anerkennung als Fachforum bemühen, um das Verhältnis von Mensch und Tier endlich in den politischen Fokus der GRÜNEN JUGEND stellen zu können.

Auf dem Bundeskongress in Halle wurde ein vorläufiger SprecherInnenkreis gewählt, der aus Nele Peerenbom (18, NRW), Fred Wendorf (23, NRW), Sarah Laquer (20, Bayern) und Lara Haasper (19, NRW) besteht. Wir stehen für Fragen und Diskussionen gerne zur Verfügung, auch über inhaltliche Anreize würden wir uns sehr freuen!

Kontakt: [liste-ff-menschundtier@gruene-jugend.de](mailto:liste-ff-menschundtier@gruene-jugend.de)

Auch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN existiert schon seit Jahrzehnten eine Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Mensch und Tier“. Die BAG ist natürlich auch für Nicht-Parteimitglieder offen und freut sich über jedes neue Mitglied.

Kontakt: [bag.mensch-tier@gruene.de](mailto:bag.mensch-tier@gruene.de)

## Jagt die Jäger aus dem Wald!

Jagd ist eine Sonderform der Tierausbeutung. Weder werden die Tiere wie in der Massentierhaltung zusammengepfercht, noch ist die Anzahl der erlegten Tiere im Kontrast zur industriellen Tötung vergleichsweise hoch. Dennoch stehen Jagd und JägerInnen zunehmend im gesellschaftlichen Kreuzfeuer der Kritik. Die ökologische Notwendigkeit und die Objektivität des derzeitigen Jagdgesetzes müssen unbedingt kritisch hinterfragt werden, fordert Lara Haasper, um einer elitären JägerInnengemeinschaft keine unnötigen Sonderrechte einzuräumen.

Ursprünglich diente Jagd zur Nahrungs- und Rohstoffgewinnung. Erst später begann sie als passionierter „Sport“ und dessen gesellschaftlicher Repräsentation eine Rolle zu spielen. Im Jahr 2006 besaßen in Deutschland 348 347 Menschen (davon 99% Männer) einen Jagdschein. Die Tendenz ist steigend- ebenso wie die Mitgliederentwicklung des DJV (Deutscher Jagdschutz Verband). Trotz dieser Tendenzen stellen JägerInnen einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesellschaft dar, haben dafür aber einen überproportional hohen politischen Einfluss. Sie sind in allen ministeriellen und politischen Gremien vertreten und verfassen ihre Gesetze sozusagen selbst.

### Lizenz zum Töten

Das derzeitige Jagdgesetz stellt nach Art. 75 Abs. 1 Nr. 3 des Grundgesetzes die Rahmengesetzgebung dar, welche in Einzelheiten jedoch von den Ländern ausgestaltet werden kann. Hier wird festgelegt, welches Tier (meistens Haarwild und Federwild) zu welcher Jahreszeit geschossen werden darf. Durchschnittlich werden pro Jahr 5,5 Millionen Wildtiere, über 400 000 Haustiere, sowie 3 bis 8 menschliche Opfer erschossen. Schon ab 16 Jahren kann menschlichen Jagdschein erlangen, was eine theoretische und praktische Prüfung erfordert. Eine Nachprüfung der Schießleistung im fortgeschrittenen



Alter wird nicht als notwendig angesehen.

Ein weiterer kritischer Punkt des Jagdgesetzes ist, dass die Berücksichtigung der Interessen, Familienstrukturen und Leidempfinden der Tiere kaum eine Rolle spielt. Da laut § 1 die Jagd „waidgerecht“ (genau definiert wird der Begriff jedoch nicht) ablaufen muss, wird die Jagd oftmals auch von TierschützerInnen akzeptiert. In der Praxis angewandt kann dieser Ehrenkodex bedeuten, dass nur auf Tiere geschossen werden darf, die in Bewegung sind, also nicht auf ruhende Tiere. Fraglich in dieser

„tierfreundlichen“ Jagd ist ebenso, warum nicht mit Betäubungsgewehren geschossen wird, wenn etwa 60% der Schützen Fehlschüsse verursachen, welche das für Tiere leidvolle Nachsuchen erforderlich machen. Unzählige Tiere verenden grausam in Fallen oder schleppen sich angeschossen noch Tage durch den Wald, bis sie sterben.

### Waldschäden durch Menschen

Der Deutsche Jagdschutzverband genießt den Status eines Naturschutzverbandes. Denn durch hohe

Populationen einzelner Tierarten und das Fehlen von Beutegreifern entstehen Wald- und Flurschäden. Nach der Ausrottung von Bären und Wölfen durch den Menschen haben JägerInnen die Aufgabe, rein regulierend in das Ökosystem einzugreifen. Bei dieser typischen Pro-Jagd-Argumentation werden jedoch viele Punkte nicht beachtet. Den größten Waldschaden richten immer noch Menschen mit ihrem Profitinteresse am Holzanbau an. Des Weiteren ist es nach dieser Argumentation seltsam, warum jagdinteressante Tiere gefüttert und mit Medikamenten versorgt werden und die daraus resultierende erhöhte Geburtenrate als Legitimation für die Jagd benutzt wird.

### Jagd abschaffen!

Es sollten große, jagdfreie Schutzgebiete eingerichtet werden, um über einen längeren Zeitraum die natürliche Populationsentwicklung zu beobachten. Es gibt bereits einige Konzepte für eine Natur ohne Jagd. Außerdem können SkeptikerInnen unser Nachbarland Holland genauer unter die Lupe nehmen, in dessen Wäldern seit einiger Zeit ein weitgehendes Jagdverbot herrscht. Mensch sollte ernsthaft darüber nachdenken, die natürliche Einwanderung von Großsäugern zu fördern - diese jagen nur alte und kranke Tiere und haben kein Interesse an Trophäen.

Lara Haasper (19) lebt in Bad Oeynhhausen und hat ihr Abi noch vor sich. Als überzeugte Veganerin fordert sie alle JägerInnen auf die Flinten ins Korn zu werfen.



# G8 UND BÜRGERINNENRECHTE

## Die Innere Sicherheit bei G8 und was bleibt



Seit Anfang Juni ist viel Zeit vergangen. Neben dem Ende des G8-Gipfels sind auch die Vorbereitungen dafür zu Ende gegangen. Die Frage, die sich nun stellt, ist: Was bleibt von den Protesten beim G8-Gipfel? Neben dem Gefühl Teil einer Jugendbewegung zu sein, bleibt der schale Geschmack, dass der Rechtsstaat im Begriff ist sich zu Tode zu schützen. Im Vorfeld des Gipfels begann ein Prozess der Kriminalisierung der GipfelgegnerInnen, der in einem massiven Streitkräfteaufgebot vor Ort endete. In vielen Bereichen hat sich das Erlebte klar im legalen Rahmen abgespielt, an anderen Stellen wie dem Tornadoeinsatz zeigt sich das Gegenteil. An dieser Stelle haben sich die Regierungsparteien sogar untereinander ihre Vorhaben verheimlicht. Zurück zur Frage „was bleibt?“, das Gefühl einer willkürlichen Herangehensweise in einem hochsensiblen Bereich der inneren Sicherheit. Ein Rückblick von Silke Gebel und Rieke Kampczyk.

### Im Gipfelvorfeld

Vor Beginn des G8-Gipfels in Rostock erregte eine Kette von Polizeirazzien Anfang Mai 2007 die Gemüter der linken Szene. Eines Morgens in aller Frühe begannen Razzien in rund 40 Büros und Privatwohnungen von AktivistInnen aus der GipfelgegnerInnenszene in Berlin, Hamburg und angrenzenden Bundesländern. Im Einsatz waren ca. 900 BeamtInnen des Bundeskriminalamtes (BKA), der zuständigen Landeskriminalämter (LKA), sowie der lokalen Polizeikräfte. Auftraggeberin war die Generalbundesanwaltschaft in Hamburg. Diese Aktionen von staatlicher Seite tragen die Handschrift desselben Mannes, der sich auch für Onlinedurchsuchungen oder Videoüberwachung stark macht. Damit fährt Schäuble eine Politik des Generalverdachts, die weder zielgerichtet noch verhältnismäßig ist. Im Gegenteil führt sie zu einer Kriminalisierung der linken Proteste und damit der Kritik am G8-Gipfel. Der rechtliche Rahmen des polizeilichen Rahmens wurde in Mecklenburg Vorpommern im Juni 2006 damals noch mit einer Gesetzesvorlage von PDS und SPD nach dem Vorbild des Hamburger Polizeigesetzes verschärft. Das bedeutet konkret die Einführung eines Automatischen Kfz-Kennzeichen-Lesesystems (AKSL), der präventiven Telekommunikationsüberwachung, der Ausweitung der Rasterfahndung oder der zwangsweisen Blutabnahme. Gekoppelt mit den bereits bestehenden polizeilichen „Möglichkeiten“ wie der Gewahrsamnahme zur Verhinderung einer Straftat, Einsatz von V-Personen oder der mangelnden Kennzeichnungspflicht von PolizistInnen hat der G8-Gipfel deutlich gezeigt, wie weit PolizistInnen in ihrem Rahmen gehen können und auch gehen: Auf dem Weg nach Rostock wurden willkürlich oder unter fadenscheinigen Verdachtsmomenten wie mitgeführten Sonnenbrillen Fahrzeuge angehalten und deren Insassen kontrolliert oder in Gewahrsam genommen. In den Gefangenenansammelstellen gab es Käfige, dauerbrennendes Licht und keine Sichttrennung zwischen Männern und Frauen. Das Bild des amerikanischen Gefangenenlagers Guantanamo drängt sich unwillkürlich auf. Neben den unsäglichen Haftbedingungen wurden RechtsanwältInnen des Republikanischen Anwältevereins (RAV) von den Gefangenen ferngehalten. Ein Unding in einem Rechtsstaat. JedeR Mensch muss das Recht auf einen fairen Prozess und menschenwürdige Haftbedingungen haben.

Kurz vor dem Gipfel wurde wie bereits bei ähnlichen Veranstaltungen das Schengener Abkommen aufgehoben. Am 09. Mai erklärt Bundesinnenminister Dr. Schäuble, „[...] dass an den Schengen-Binnengrenzen der Bundesrepublik Deutschland vorübergehend Grenzkontrollen wieder aufgenommen werden können.“ Trotz dieser Maßnahme war es auch G8-GipfelgegnerInnen aus dem Ausland möglich zum Gipfel zu kommen. Hier wird deutlich, dass eine Verschärfung nicht zielführend ist.

### Bundeswehr im Inneren und Zivilpolizei

Der Tornadoeinsatz zum Ausspähen der Camps kommt einem Bundeswehreinsatz im Inneren gleich, der eigentlich verboten war und ist. Nur unter ganz engen Voraussetzungen ist solch ein Einsatz erlaubt: Nach Artikel 35 des Grundgesetzes ist die Bundeswehr verpflichtet anderen Bundes- oder Landesbehörden Amtshilfe „[...] bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ zu leisten. Unter Artikel 87 a des Grundgesetzes ist von einem Einsatz die Rede, wenn sich Bund oder ein Land in einem Verteidigungs- oder Spannungsfall befinden. Von der Bedrohung der freiheitlich, demokratischen Ordnung ist hier Rede. Obwohl keiner dieser Zustände Anfang Juni um Rostock gegeben war, war auch in

und um Heiligendamm herum Bundeswehr im Einsatz. „Um Zuarbeiten zu leisten“ wie es in einem Bericht des Innenministeriums heißt. Zuarbeiten bedeuten in diesem Falle: Betten machen, Essen holen und Mannschaftswagen betanken. Bilder von GipfelgegnerInnencamps machen fällt allerdings nicht unter das Grundverständnis von Zuarbeit. Denn ein Hubschrauber der Polizei, der in diesem Fall zugeordnet wurde, kann einen Bodencheck eines Tornados ebenfalls erfüllen. Und das zu 1 % der Kosten. Laut einer Bundestagsanfrage von dem grünen MdB Alexander Bonde kostet ein Tornadoeinsatz pro Stunde 40.000 Euro während der Hubschrauber bei 400 Euro liegt. Damit liegt klar auf der Hand, was dieser um ein hundertfaches teurere Einsatz bewirken soll: Es ist ein Tabubruch bei der Frage des Bundeswehreinsatzes im Inneren. Dies passt damit perfekt in die übrigen Themen des Bundesinnenministers um eine Verschärfung der Inneren Sicherheit.

Auch die Polizei ist seit Heiligendamm verstummt; genaue Zahlen, wieviele PolizistInnen im Einsatz waren, gibt es nicht. Schätzungen schwanken zwischen 16.000 und 19.000 und auch hier jagte ein Dementi das nächste, denn die Polizei hat sich nie konkret geäußert, wie viele ZivilpolizistInnen im Einsatz waren und was sie dort genau gemacht haben. Sicher ist, dass es einen Zivilpolizisten gab, der noch dazu im Verdacht steht zu Straftaten aufgerufen zu haben. Ob der Bundesverfassungsschutz aktiv war, kann hingegen nicht eindeutig nachgewiesen werden, weil das Ministerium sich dazu nicht geäußert hat. Denkbar wäre es aber, da Organisationen, die unter Beobachtung stehen, bei den Protesten anwesend waren.

### Für die Zukunft

Nach dem G8 ist vor dem G8 – klar. Das bedeutet dann auch für die Frage, was bleibt, dass die GRÜNE JUGEND als kritische Organisation wachsam sein muss. Wachsam im Bezug darauf, was gerade in unserem Staat im rechtsstaatlichen Bereich passiert und passiert ist. Die Art und Weise der Verhaftungen konterkariert das Prinzip der Unschuldsvermutung „in dubio pro reo“. Bei der Umwidmung der Bundeswehr zu einer Art „Anti-Terror-Polizei“ wird die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit aufgehoben. Denn eins muss festgehalten werden: Viele der staatlichen Handlungen im Vorfeld und vor Ort befinden sich auf absolut legalem Terrain. Und selbst, wenn gegen die nicht-legalen geklagt wird, die Art und Weise wie hier bewusst illegal vorgegangen wurde, wird nicht rückgängig gemacht, indem eine richterliche Instanz den KlägerInnen Recht gibt. Das Recht muss auch im Handeln immanent sein. Dafür bedarf es klar einer freiheitlichen Sicherheitsarchitektur, aber eben auch einer demokratischen, bürgerInnennahen Polizei, die die Freiheit im Staat bewahrt. Denn dafür ist sie da. Das Institut für Bürgerrechte und Sicherheit e. V. schreibt in seinem Selbstverständnis davon, dass es seit den 70er Jahren einen Umbau des Rechtsstaats gab, der ohne Aufmerksamkeit der Gesamtbevölkerung stattfand. Dabei muss die Unantastbarkeit der Menschenwürde und der BürgerInnenrechte das Fundament eines Rechtsstaates bilden. In diesem Bereich darf nicht nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit abgewogen werden. Die Ergebnisse dieses Umbaus sind beim G8 deutlicher geworden als je zuvor. Und wie die Debatten nach dem Gipfel in der Bevölkerung zeigen wird der Schleier der Angst vor dem vermeintlich Extremen über Veränderungen gelegt, die alle betreffen. Bundeswehr im Inneren, Aufhebung des Postgeheimnis oder mehrtägige präventive Ingewahrsamnahme nach Landesrecht. Vielleicht machen diese Instrumente verschiedene Ermittlungsverfahren einfacher. Aber die potentielle Willkür der Handelnden und die damit einhergehende Missbrauchsgefahr nagen an den Säulen unserer Freiheit.



**Rieke Kampczyk (19)** wohnt in Berlin und ist neu im SPUNK Team. Sie war eine von vielen in Heiligendamm, war dort sogar am Zaun und hat dort die Polizei beim nichts tun beobachtet.

**Silke Gebel (24)** Beisitzerin im Bundesvorstand und SPUNK-Redakteurin. Sie will ihre Freiheit zurück!



### G8 in Zahlen

80.000 DemonstrantInnen waren am 2. Juni in Rostock

3000 „Vermummte“ (2. Juni)

49 Personalaufnahmen und 17 Verhaftungen (2. Juni)

110 Millionen Euro kostete der G8-Gipfel

13 Kilometer war der Zaun lang

2,50 Meter hoch

12,5 Millionen Euro kostete der Zaun

18.000 PolizistInnen & 1100 SoldatInnen waren im Einsatz

125 Verhaftungen gab es insgesamt

9 wurden angeklagt

1 Demonstrant wurde zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt

50 000 Euro Sachschaden

1000 DemonstrantInnen waren kurzzeitig in der GeSa

42 NGOs beteiligen sich an dem Bündnis „Gerechtigkeit jetzt!“

42 Objekte „Autonomer Gruppen“ wurden im Vorfeld durchsucht

6000 DemonstrantInnen waren im Camp Reddelich untergebracht

# G8 UND BÜRGERINNENRECHTE

## Kreativer Ungehorsam statt Gewalt gegen Menschen!



Foto: Hifo

### Schlagzeilen zum G8-Gipfel

„Wollt ihr Tote ihr Chaoten?“  
BILD (04.06.2007)

„Polizei macht aus Spitzel Opfer“  
Junge Welt (08.06.2007)

„Ich stand ganz vorn, es ging ums nackte Überleben“  
BILD (03.06.2007)

„Unsere Polizisten wurden verheizt“  
BILD (04.06.2007)

„Die G8 haben versagt“  
Junge Welt (08.06.2007)

„Illegal, aber richtig“  
taz (07.06.2007)

„Polizeigewerkschaft: Beamten vergammeltes Essen vorgesetzt“  
Tagesschau (08.06.2007)

„Demos gegen G8-Gipfel sollen nicht zum Ausnahmezustand werden“  
Lübecker Rundschau (09.02.2007)

„Sicherheitszaun für G8-Gipfel könnte für Bären verwendet werden“  
Meininger Tageblatt (07.02.2007)

„Molli-Mitarbeiter drücken für G8 die Schulbank“  
Ostseezeitung (02.02.2007)

„Autonome“ werfen mit Rasierklingen gespickte Wurfgeschosse“  
Tagesspiegel (04.06.2007)

„Blockaden: Steinwerfen als Grund für Polizeigewalt“  
Tagesschau (03.06.2007)

„Es begann mit Steinen und Billardkugeln - und dann gab es Woodstock in Rostock. Polizisten erlebten am Anfang den schwersten Gewaltausbruch seit 30 Berufsjahren.“  
Hamburger Abendblatt (09.06.2007)

„Wie im Krieg“  
BILD (03.06.2007)

Ist Steine werfen als Protestform legitim? Ein Versuch von Rasmus Andresen und Paula Riemer der Gewaltdebatte innerhalb der Linken und der GRÜNEN JUGEND näher zu kommen.

„Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück - und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus. Dann lasse ich mich nicht anfassen, von niemandem.“ Diese Sätze nahm der ehemalige CDU Generalsekretär und Attac Mitglied Heiner Geissler während eines Fernsehinterviews kurz vor dem G8 Gipfel in den Mund. Spätestens nachdem die ersten Steine auf der sonst friedlichen Auftakt demo in Rostock flogen, entbrannte in der linken Protestszene eine wilde Debatte zur Legitimierbarkeit von Gewalt. Stellvertretend für die Diskussion innerhalb der Linken steht der Konflikt bei Attac. So fand vor allem zwischen Teilen von Attac und der Interventionistischen Linken (IL) eine Debatte um Distanzierung statt.

### Spaltung der Bewegung oder Kritikfähigkeit der Linken?

Attac Peter Wahl argumentiert aus einer Sicht heraus in der Gewalt in allen Formen schädlich für die globalisierungskritische Bewegung ist. Anstatt seine Inhalte in die Bevölkerung hineinzutragen, verschreckt mensch die Bevölkerung und liefert den Herrschenden Vorlagen mit Repressionen Grundrechte einzuschränken. Selbstkritik, so Wahl, findet in der Linken kaum statt und die Gewalt ging auf der Auftakt demo von den DemonstrantInnen und nicht von der Polizei aus. Der strukturellen Gewaltfrage misst das Mitglied im Attac Koordinierungskreis eine geringere Bedeutung bei und sieht diese oft als Ausrede um die gewalttätigen Mittel zu legitimieren.

In einem Gastbeitrag für die Jungle World streitet Jochen Stay für den gewaltfreien Widerstand. Er hält ein engagiertes Plädoyer für zivilen Ungehorsam und vergleicht Steine oder Molotow Cocktails werfen mit Ehefrauen verprügeln. Stay nimmt auch das Argument auf, dass Steine werfen als Ausdrucksmittel dem Protest schadet. Ähnliches sah mensch nach dem Abriss und der Räumung eines Jugendhauses in Kopenhagen. Umso mehr Steine aus Solidarität flogen, umso weniger Dänen solidarisierten sich mit dem autonomen Jugendzentrum. Als Antwort auf Jochen Stay in der Jungle World schreibt ein gewisser „John Doe“ aus der autonomen Szene, dass die Randalen, dass Beste waren, was die G8 Proteste zu bieten hatten. Nur durch die Radikalität bei den G8 Protesten wurde der Erfolg der Proteste gesichert. Die Einschätzung, dass die gewalttätigen Auseinandersetzungen die Inhalte der anderen G8 KritikerInnen überlagern teilt der Autor. Jedoch bewertet er dies positiv. Die Inhalte die durch NGOs wie Attac vertreten werden, dienen nicht der Weltverbesserung, sondern müssen als Anbiedere an das politische Establishments verstanden werden. Nur durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei würde radikale, kompromisslose Systemkritik funktionieren und ein G8 Gipfel abgebrochen werden. Es sei zwar ärgerlich, dass Polizisten bei diesen Auseinandersetzungen sich verletzen, jedoch hält sich des Autors Mitleid für sie in Grenzen.

Linkspartei Bundesvorstandsmitglied Christine Buchholz sieht die strukturelle Gewaltfrage im Zentrum. Kritik an SteinwerferInnen ist in Ordnung, jedoch nützt übertriebene Distanzierung nur der politischen Rechten. Die eigentliche Gewalt liegt bei den G8 Staaten und dies darf nicht aus dem Blickwinkel geraten. Schließlich sind allein durch den Irakkrieg 700.000 Tote und 1,5 Millionen Flüchtlinge entstanden, so Buchholz mit einem Verweis auf den UN Sonderberichterstatter Jean Ziegler. Die Steine drücken somit Wut und Unterdrückung gegen diese Missstände aus.

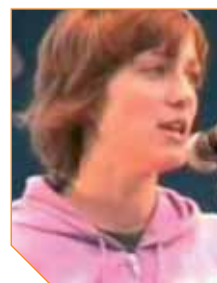
Peter Wahl zitiert in seinem Debattenbeitrag Berthold Brecht mit folgenden Satz: „Der reisende Fluss wird gewalttätig genannt, aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig.“ Dieses Zitat trifft das Problem in der Gewaltdebatte. Mensch kann Gewalt nicht gut finden, jedoch sieht mensch in der Linken, wie Staat und Konzerne ihre strukturelle Gewalt in Form von Freiheitseinschränkungen und Unterdrückung gnadenlos ausnutzen. Dies führt bei einigen zu unkontrollierbaren Gefühlen, die in Gewalttaten auf Demonstrationen ausgeführt werden.

### Was heißt Gewaltfreiheit für die GRÜNE JUGEND?

Doch wie positionieren wir uns als GRÜNE JUGEND zur Gewalt und wie gehen wir damit um, dass wir Teil der Demonstration waren, von der das Steinewerfen ausging? Unser Handeln ist gewaltfrei. Wir nehmen an Protesten teil, setzen uns auf Gleise und Straßen, besetzen Unirektorate, doch wir üben unter keinen Umständen Gewalt gegen Personen aus. Für uns als GRÜNE JUGEND ist dies eine nicht verhandelbare Voraussetzung zur Teilnahme an Aktionen aller Art – auch beim G8-Gipfel! So setzten wir uns im Vorfeld der G8-Proteste mit anderen Organisationen dafür ein, dass gemeinsame Aktionen, zum Beispiel die Demonstration und die Blockaden von Block G8, gewaltfrei sind. Dieser Konsens schwebte, leider viel zu schwach, über den Treffen des Bündnisses und manifestierte sich in unterschiedlicher Form in Aufrufen und Aktionskonsensen. Auch für Gruppen wie die IL war klar, dass fliegende Steine auf der Demonstration nichts zu suchen hatten – doch wie konnte es dann eigentlich dazu kommen? Theorien über angereichte Polithooligans aus dem In- und Ausland, über provozierende Berliner PolizistInnen und Zivilunruhen gibt es genug. Was genau der Zündfunke war, lässt sich wohl nicht mehr objektiv herauskristallisieren, aber die Reaktionen auf die Gewalt und der Umgang damit müssen analysiert und kritisiert werden. Nicht nur die Demoleitung sondern auch die Teilnehmenden waren von den Geschehnissen überrascht und überfordert. Zukünftig müssen solche Eventualitäten deshalb stärker diskutiert und konkrete Pläne gemacht werden, um diese Situationen zu verhindern und einzudämmen. Dies kann auch eine Aufgabe der GRÜNEN JUGEND sein. Die GRÜNE JUGEND beschäftigt sich auch mit Fragen der strukturellen Gewalt, jedoch darf diese nicht als Begründung für Gewalt gegen Menschen eingesetzt werden.

### Spalten wir dadurch die Bewegung?

Sobald Gruppen und Einzelpersonen sich von der Gewalt des 2. Junis distanzieren, wird ihnen oft vorgeworfen, dass sie die Bewegung spalten. Dem ist aber nicht so: Differenzierte Kritik kann die Bewegung nur stärken! Daher ist es auch so wichtig, dass wir als GRÜNE JUGEND klar gesagt haben: Die Gewalt von Rostock ist nicht unsere Form des Protestes und steht nicht für die breite Bewegung. Dem Bündnis für die G8-Proteste haben die unterschiedlichsten Gruppen angehört. Das ist ein Erfolg, der jedoch nur einer bleiben kann, wenn alle Gruppen sich auch im Nachhinein in den gemeinsamen Aktionen wiederfinden. Dafür muss der gemeinsam geschaffene Aktionskonsens eingehalten werden. Was einzelne Gruppen während ihrer eigenen Aktionen machen, ist davon allerdings keineswegs betroffen. Folglich ergibt sich ein zweiteiliges Bild: Gemeinsame Aktionen erfordern eine gemeinsame Durchführung anhand des Aktionskonsenses. Alle beteiligten Gruppen tragen die Verantwortung, dass dieser eingehalten wird. Geschieht dies nicht, muss es möglich sein dies zu kritisieren – ja, es sollte sogar erwünscht sein! Die andere Hälfte des Bildes beschreibt Aktionen einzelner Gruppen, die anderen Absprachen folgen. Hier spiegeln sich die unterschiedlichen Aktionsformen der ProtestlerInnen wider. Unterschiede sollten dabei vordergründig nicht kritisiert, sondern respektiert werden. So sollten wir verstehen, weshalb andere Gruppen ihren Protest radikaler zum Ausdruck bringen, doch genauso müssen sie akzeptieren, dass wir diese Form für uns ausschließen. Doch diese verschiedenen Bilder stellen keine Spaltung der Bewegung dar, sondern zeigen ihre Pluralität. Kritik darf nicht als Einteilung in Gut und Böse aufgefasst werden. Die Bewegung muss mit unterschiedlichen Meinungen selbstbewusst umgehen und dies als ihre Stärke verstehen. Sind Absprachen getroffen worden, müssen diese von allen eingehalten werden. Nicht von Kritik und Distanzierung sondern von Gewalt und Chaos, für das keineR verantwortlich sein mag, profitiert die politische Rechte.



Paula Riemer (23) ist Sprecherin der GRÜNEN JUGEND und hat auf der G8-Demo eine Rede gehalten. Währenddessen brannte ein Polizeiauto und Wasserwerfer schossen in die Menge. Ein mulmiges Gefühl begleitete ihre Vorbereitung auf die Blockaden, die dann zum besten Protesterlebnis ihres Lebens wurden.

Rasmus Andresen (21) ist SPUNK-Redakteur, lebt in dem meist friedlichsten Kopenhagen und seine letzte Schlägerei fand in der Grundschulzeit statt.



# G8 UND BÜRGERINNENRECHTE

## "Eine Deeskalationsstrategie war nicht erkennbar"



Über 17.000 PolizistInnen und rund 1100 SoldatInnen der Bundeswehr waren rund um den G8-Gipfel vor Ort im Einsatz. SPUNK-Redakteur Rasmus Andresen sprach mit Rechtsanwältin Peer Stolle vom republikanischen Anwälteverein über die Strategie der Sicherheitskräfte, die Verhältnisse in den G8-Gefängnissen und den Tornado-Einsatz.

**Der republikanische Anwälteverein war während des gesamten G8 Gipfels und auch im Vorfeld vor Ort in und um Heiligendamm. Wie sah die konkrete Arbeit aus?**

Im Vorfeld des G8-Gipfels haben wir versucht, auf die sicherheitspolitische Entwicklung Einfluss zu nehmen, beispielsweise dadurch, dass wir in Rostock eine Veranstaltung zu den zu erwartenden Einschränkungen von Freiheitsrechten durchgeführt haben. Für die Arbeit vor Ort haben wir drei Büros angemietet, in denen sowohl der Ermittlungsausschuss gearbeitet, als auch die Arbeit von Anwältinnen und Anwälte vom Notdienst koordiniert wurde. Kolleginnen und Kollegen waren immer vor Ort bei den verschiedenen Versammlungen, haben die Anmelder bei Bedarf beraten, polizeiliche Maßnahmen überwacht und Betroffenen ersten Rechtsrat erteilt. Andere Anwältinnen und Anwälte waren in den Gefangenenstellen oder haben Betroffene in den Schnellverfahren verteidigt.

**Wie sieht die Bilanz aus? Hat sich die Polizei an eine Deeskalationsstrategie am Rande der Blockaden und Demonstrationen gehalten?**

Nein, eine durchgängige Deeskalationsstrategie war nicht erkennbar. So hat Kavala die Situation durch Falschmeldungen – beispielsweise über angebliche Säureattentate seitens der Clowns-Army – immer wieder angeheizt. Am Montag wurde durch Kavala eine vollkommen friedliche und genehmigte Demonstration auf ihrer ursprünglichen Route verboten, weil statt der angemeldeten 5.000 jetzt 10.000 DemonstrantInnen sich beteiligt haben. Nur durch das besonnene Verhalten der G8-GegnerInnen konnte in dieser Situation eine Eskalation verhindert werden. Ein anderes Beispiel: der Einsatz von agents provocateurs bei den Blockaden, die friedliche DemonstrantInnen zu Steinwürfen auf Polizeibeamte aufgefordert haben. Selbst bei der Großdemonstration am 2. Juni trug das Agieren der BFE-Einheiten (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, Anm. der Redaktion) nicht zur Beruhigung der Lage bei.

**Im Nachhinein wurde die Situation in den Gefängnissen kritisiert. Wie bewertet der RAV die Situation für die zeitweise festgenommenen DemonstrantInnen?**

Zunächst muss festgehalten werden, dass ein Großteil der Ingewahrsamnahmen rechtswidrig waren und von den Gerichten auch aufgehoben wurden. Gerade aufgrund der langen Vorbereitungszeit ist es nicht zu verstehen, warum die Abläufe nicht besser funktionierten. Nur einige wenige Beispiele:

So dauerte es teilweise Stunden, bis die Betroffenen auf Gefangenentransporte verteilt wurden; die Zeit mussten viele bei praller Sonne und gefesselt verbringen. Es wurden nicht ausreichend Sachbearbeiter abgestellt, um die Gefangenen zu erfassen; eine unverzügliche richterliche Vorführung der Gefangenen, wie sie von der Verfassung gefordert wird, fand nicht statt. Die anwaltliche Kontaktaufnahme wurde seitens Kavala immer wieder erschwert; mindestens zweimal wurden KollegInnen aus der Gesa verwiesen. Darüber hinaus liegen uns Berichte vor, dass die Gefangenen Schikanen und Entwürdigungen ausgesetzt waren.

**Werden diese Rechtsverletzungen ein Nachspiel haben?**

Ja, derzeit werden Klagen vorbereitet mit dem Ziel, die Rechtswidrigkeit der Ingewahrsamnahmen gerichtlich feststellen zu lassen. Darüber hinaus wird im Einzelfall geprüft, ob Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung gestellt wird – etwa in den Fällen, in denen die Gefangenen trotz richterlichen Beschlusses nicht unverzüglich freigelassen wurden.

**Ein anderer Aspekt: Der Einsatz von Tornados über die Protestcamps. Warum ist dieser Einsatz aus rechtlichen Gründen problematisch?**

Hier geht es um den Art. 35 Grundgesetz, wonach die Bundeswehr im Wege der Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder Unglücksfällen im Innern eingesetzt werden kann. Diese Voraussetzungen lagen hier erkennbar nicht vor. Hierbei handelt es sich um eine Militarisierung des Versammlungsrechts; es kann nicht sein, dass Demonstranten – egal ob friedlich oder nicht – mit Tieffliegern von Tornados und Bundeswehrspähpanzern konfrontiert werden.

**Kommen wir zu einer abschließenden Bewertung: Sind die Sicherheitsmassnahmen im Vorfeld und während des G8 Gipfels eine neue Dimension und könnte dies der Auftakt zu weiteren Einschränkungen sein?**

In dieser Form neu ist der Einsatz von Bundeswehr bei Demonstrationen. Hier sollte wohl schleichend der permanente Einsatz der Bundeswehr im Innern vorbereitet werden. Besonders Augenmerk sollte auch auf die Struktur und Arbeitsweise der Sonderbehörde Kavala gelegt werden. Derartige ad hoc-Institutionen sind rechtsstaatlich sehr bedenklich. Es besteht die Gefahr, dass dieses Beispiel Schule machen könnte.

Rechtsanwältin Peer Stolle ist Mitglied beim RAV und einer Organisatorin des Legalteams bei den Protesten gegen G8-Gipfel 2007. Er war während der Gipfelwoche beim Anwälte-notdienst im Einsatz.



**Vielen Dank für das Gespräch!**

## Die Willkür ist schon da: 129 a!

Warum sich viele Alt 68er an die Zeiten des Heißen Herbstes erinnern fühlen, warum auf Demos immer häufiger „Wir sind alle 129a!“ skandiert wird und warum § 129a im Strafgesetzbuch Liebling der Ermittlungsbehörden ist. Von Benedikt Lux

Deutschlands bestbewachtester Zaun; der Einsatz von Spürpanzer, Tornado und Metallkäfigen: Wer sich zum G8-Gipfel nach Heiligendamm aufmachte, konnte einen Blick in das deutsche Sicherheitsarsenal werfen. Aber nicht nur das handfeste Spielzeug, auch ein seit 30 Jahren bestens bekannter Paragraph durfte seine Renaissance im Vorfeld des weitgehend friedlichen Gipfel-Protestes erleben. Ursprünglich zur Bekämpfung „linksextremistischer Terrors“ als „Lex RAF“ in den 70ern eingeführt, wird die unklarste Norm des Strafrechts, § 129a zur Einschüchterung und Kriminalisierung linksradikaler AktivistInnen eingesetzt.

So wurden vier Wochen vor dem G8-Gipfel etwa 40 Wohnungen von Angehörigen der linken Szene durchsucht, was die größte Razzia gegen Links seit Jahrzehnten gewesen sein dürfte. Grundlage: § 129a. Bemerkenswert ist, dass nicht nur Gründer oder Angehörige von „terroristischen Vereinigungen“ ins Fadenkreuz der ErmittlerInnen kommen, sondern auch Personen, die eine solche Vereinigung unterstützen oder für sie werben. Was „werben“ oder „unterstützen“ heißen soll, wird dabei von der Staatsanwaltschaft gerne und gewollt überdehnt.

Durchsucht werden dürfen auch Zeugen, bei denen Hinweise zu den Beschuldigten führen könnten. Diese unkonkrete Materie bietet viel Platz für Konstruktionen, die mit den tatsächlichen Zusammenhängen in der linken Szene nur wenig zu tun haben. Bei den Durchsuchungen im Mai wurden keine nennenswerten Beweise gefunden. Die Ermittlungsverfahren werden wohl – wie 94 % der Verfahren auf Grundlage von § 129a – eingestellt werden. Dafür hat die Bundesstaatsanwaltschaft eine Menge neue Erkenntnisse über die Szene gesammelt. Und es scheint weder ihr noch den BundesrichterInnen etwas auszumachen, dass rechtswidrig gehandelt wurde und der Fahndungserfolg ausbleibt. Hauptbeschuldigte bei den G8-Razzien waren das AutorInnenumfeld und die VertreterInnen von „Autonome in Bewegung“ – einem 4 Jahre alten Autonomengeschichtsbuch. Was das mit Terrorismus zu tun haben soll, wird ein Geheimnis der Generalbundesanwaltschaft bleiben. Auch die Fahndungsspannen und der Missbrauch sind bemerkenswert: So wurden AnwohnerInnen durchsucht, die mit den Beschuldigten nichts zu tun hatten, mehrere Rechner und sensible Unterlagen einer Flüchtlingsberatungsstelle beschlagnahmt. Die zweite Zielgruppe waren mutmaßliche Mitglieder der „mg“, militanten Gruppe. Unter diesem Namen finden sich mehrere Bekenntnisschreiben zu Inbrandsetzungen von leeren Autos und Gebäuden. Die Bundesanwaltschaft baut daraus eine „terroristische Vereinigung“. KennerInnen der Szene und KriminalitätsexpertInnen gehen je-

doch davon aus, dass sich unter dem Namen „militante Gruppe“ EinzeltäterInnen versammeln. Anfang August sind drei Personen beim Versuch drei Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden auf frischer Tat festgenommen worden. Das fehlgeschlagene Anzünden von Fahrzeugen ohne Gefahren für Menschen Terrorismus zu nennen, ist ein Paradebeispiel von der falschen Strebsamkeit deutscher ErmittlerInnen. Delikat ist auch, dass ein weiterer, an der Tat unbeteiligter Wissenschaftler in Untersuchungshaft kam, weil er „Phrasen der mg-Bekennerschreiben“ in seinen Aufsätzen verwendet.

Die ältere und neuere Geschichte des § 129a ist zusammengefasst ein Rechtsstaatsbruch; Meinungsfreiheit, Unschuldsumutung und Willkürverbot verschwinden unter dem Mantel einer fadenscheinigen Terrorbekämpfung. Er ist aber auch eine ineffektive Waffe gegen Straftaten aus dem linken Milieu. Hier werden Kapazitäten unnötig verballert, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Zu Recht haben daher viele grüne Innen- und RechtspolitikerInnen seit Bestehen des § 129a immer wieder seine Abschaffung gefordert.

Gegen rechten Terror ist § 129a übrigens nicht so beliebt. 2004 kam es seit etlichen Jahren wieder zu ei-

nem Verfahren, weil in der rechten Szene Handgranaten und die übliche Hetze gegen MigrantInnen und Linke gefunden worden sind.

Während besonnene Personen zur Kenntnis nehmen, dass es in Deutschland seit dem Ende der RAF keine linksradikalen Straftaten mehr gab, die das Bestehen einer terroristischen Vereinigung nahe legen würden, scheint Innenminister Schäuble nur noch mögliche Anschläge in Deutschland im Blick zu haben. Laut denkt er über die Einführung eines § 129 c und 129 d nach, womit er dem Vernehmen nach terroristische Taten auch auf Einzeltäter ausdehnt und noch viel früher im Vorfeld den Terror jagen will. Wie bei vielen Sicherheitsüberlegungen in jüngster Zeit wird Sicherheit so nur vorgegaukelt, während die wahren Ursachen für Terrorismus außer Acht gelassen werden und Unbeteiligte durchsucht und festgenommen werden. Hier erklingt wieder das alte Lied der Inneren Sicherheit: Bleibt alles ruhig, wird den vielen Eingriffsmöglichkeiten – darunter Liebling 129a – gedankt. Gibt es einen Anschlag, sind die Sicherheitsbefugnisse längst nicht scharf genug.



Benedikt Lux (25), kommt aus Berlin und ist demokratiepolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Auf dem G8-Gipfel war für die GRÜNE JUGEND Mitglied in der Demoleitung am 2. Juni.

### Termine:

31.08. - 02.09.2007

Berlin  
Seminar "Frauenbewegung und Feminismus heute" vom Fachforum Gleichberechtigung

14. & 16.09.2007

Göttingen  
Sitzung des Bundesvorstandes

15.9.2007

Göttingen  
Sonder BDK Bündnis 90/die Grünen zum Thema "Afghanistan"

21. - 23.09.2007

Waffensen  
Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen zum Thema "Grüner Lebensstil".

28.-30.09.2007

Neumünster  
Landesmitgliederversammlung Grüne Jugend Schleswig Holstein

05. - 07.10.2007

Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern

05. - 07.10.2007

Dortmund  
Seminar "Homosexualität und Sport" vom Fafo LesBiSchwul

12.10. - 14.10.2007

Berlin  
Sitzung des Bundesvorstandes

14. - 23.10.2007

Israel  
Internationale Jugendbegegnung in Israel

19. - 21.10.2007

LMV Grünen Jugend RLP

02.11.2007

Kassel  
3. Bundesausschuss der GRÜNEN JUGEND

02. - 04.11.2007

Kassel  
29. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND

09. - 11.11.2007

Göttingen  
Seminar "Friedenspolitik" vom Fachforum Europa & Internationales

09. - 11.11.2007

Berlin  
Sitzung des Bundesvorstandes

17. - 18.11.2007

Hagen  
Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND NRW zum Thema Armut.

22.11.2007

Nürnberg  
Sitzung des Bundesvorstandes

07. - 09.12.2007

Leipzig  
4. Bundesausschuss der GRÜNEN JUGEND

# G8 UND BÜRGERINNENRECHTE

## Hinter Gittern

### G8-Gefängnis

Die Bilder erinnerten an Guantanamo. Menschen wurden in Käfigen in den mobilen Sondergefängnissen rund um Rostock unter brutalen und menschenunwürdigen Verhältnissen festgehalten. Zu wenig zu Essen und zu Trinken, trotz der Käfige schmerzvolle Fesselung mit Kabelbindern, dazu rund um die Uhr Neonbeleuchtung und Videoüberwachung. Marcus Peter, der während des G8-Gipfels zusammen mit einem ganzem Bus willkürlich von der Polizei festgenommen wurde, berichtet über seine Erfahrungen in der Gefangenenansammelstelle in Rostock.



Foto: Captain Gloria

Es war Dienstag Nachmittag, der 7. Juni 2007, kurz vor vier Uhr. 57 gut gelaunte und friedliche Menschen waren per Bus auf dem Weg zum Flughafen in Rostock-Laage, welchen George W. Bush am Abend erreichen sollte. Eine Demonstration war angekündigt, erst untersagt, später dann doch wieder gestattet, jedoch nur für fünfzig Leute - auch das war in diesem Tagen möglich.

Doch kurz hinter der Autobahnausfahrt eine Polizeikontrolle. Nichts wirklich ungewöhnliches, wir hatten damit gerechnet. Einzeln wurden wir aus dem Bus gebracht, mussten uns, umkreist von dutzenden PolizistInnen in Schutzausrüstung, breitbeinig und mit ausgestreckten Armen an die Polizeifahrzeuge stellen. Durchsuchungen wie man sie nur aus Filmen kennt. Doch dies war kein Film, auch nicht für den Rest der sehr heterogenen Gruppe, wie sie sich im Bus befand. Einige Punks waren dort zu finden, zwei ältere Frauen, davon eine aus Frankreich. Wir waren ein bunter Querschnitt der Protestbewegung vor allem aber keine gewaltbereiten Autonomen. Auch nicht die Mutter mit ihrem anderthalb Jahre alten Kind. Doch vor dem Staat, sind alle Menschen gleich. So sollte dann auch das Kind erkennungsdienstlich erfasst werden. Der Kleine saß, umringt von Polizisten, auf der Straße, einer versuchte vergebens ein brauchbares Bild zu schießen.

Irgendwann waren wir dann alle draußen, durchsucht und fotografiert. Eigentlich ein guter Zeitpunkt um die Fahrt fortzusetzen, doch so schnell ging es nicht. Vorerst musste der Bus durchsucht werden. Es stellte sich heraus, dass sich dort einige Tücher, Sonnenbrillen und eine Taucherbrille fanden. Mehr nicht. Wolken zogen auf, es begann zu regnen. So standen wir umringt von Polizisten auf der Straße, durchgeweicht bis auf die Knochen. Warum man uns länger festhielt, konnte man uns leider nicht sagen. Kurz darauf kam ein großer Gefangenentransporter. Was dies nun für uns zu bedeuten hatte, so recht wussten wir es nicht. Doch die Vorahnungen erfüllten sich: Einzeln traten wir nach vorne, ließen unsere Hände mit Kabelbinder zusammenschnüren und wurden sodann in die Gefängniszellen verfrachtet. Die ganze Prozedur dauerte ewig, vom Ein-, bis zum Ausstieg etwa drei

Stunden. So kamen wir dann an, in der Gefangenenansammelstelle, der (GeSa). Dort wurde, jedeR nacheinander, aus dem Bus gebracht und erneut fotografiert und erfasst. Danach ging es in die Zelle. Ein komisches Gefühl, fernab jeglicher Realität. Nicht zum Weinen, zum Lachen war es, nur zum Lachen. Im Anbetracht der Menschen die es ähnliche traf, verflog sämtliche Loyalität. Was sollte, ja was konnte man an staatlichen Maßnahmen überhaupt noch ernst nehmen? Gegenüber saß die völlig davon getretene Französin, nichts mehr

verstehend. Wahrscheinlich hatte ihr jemand gesagt: „Dieser Bus fährt zur Bush-Demo“, nun war sie hier. Doch auch der Hunger plagte, Durst und Müdigkeit. Zum Trinken gab es Wasser in kleinen Mengen und das auch nur auf Anfrage und in längeren Intervallen. Essen erst gab es kurz nach Mitternacht und natürlich viel zu wenig. Jeder bekam eine Isomatte, dünn wie Pappe und viel zu wenig für den harten Hallenboden. Dazu ein weißer Overall in Größe M und, für die Schnellen, eine kleine Decke. Der Vorrat dieser war schnell erschöpft. Dazu grelle Dauerbeleuchtung, an Schlaf war also nicht zu denken.

Irgendwann kamen die ersten Menschen frei, zuerst jene, die sich mit dem Ermittlungsausschuss (EA) in Verbindung gesetzt hatten. Meine Zeit war gegen halb fünf in der Früh gekommen. Die Hoffnung war groß, doch noch einen brauchbaren Grund für den Freiheitsentzug zu erfahren, doch daraus wurde nichts. Erst gaben die Polizisten die Begründung aus, im Bus wären sämtliche Fahrgäste verummmt gewesen. Allein ihre eigenen Videoaufzeichnungen könnten dies problemlos widerlegen. Auch sagten sie, dass die Demo verboten gewesen wäre. Auf meine Nachfrage hin, wie dies denn sein könne, obwohl das Oberlandesgericht in Greifswald doch anders entschieden hätte, bekam ich die lakonische Antwort: Genaueres wüsste man auch nicht, man habe es eben von der Einsatzleitung so erfahren. Am Ende erhielt ich noch einen schlampig ausgefüllten Platzverweis, der fast jeglicher Rechtsnorm widersprach. Gleich hinter dem Ausgang erwartete jedeN eine kleine Menge Menschen, die eineN dann, Beifall klatschend, wieder in Empfang nahmen. Ein merkwürdiger Tag ging dem Ende entgegen, einer der ganz viele Fragen offen lässt, nichts erklärt. Eine Anzeige gegen die Polizei wird folgen und ich hoffe dass dies nicht das letzte Wort gewesen ist.

Marcus Peter (21) ist aktiv bei der GRÜNEN JUGEND Kiel und hat bei Demonstrationen schon oft harte Polizeieinsätze erlebt.



Anzeige

**Solidarität:  
G8-Repression  
blockieren!**

**Rote Hilfe e.V.  
Konto 191 100 462  
BLZ 440 100 46  
Postbank Dortmund  
Stichwort: G8-Gipfel**

**Solidarisieren - Spenden - Beitreten**

**Rote Hilfe e.V.  
Bundesvorstand  
Postfach 3255  
37022 Göttingen**

[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

# GS UND BÜRGERINNENRECHTE

## „Mein Telefon gehört mir!“

„Der Rechtsstaat ist mitten drin in der Auflösung, weil es eine Herstellung von Sicherheit in dem Maße, wie es der Politik vorschwebt, nicht gibt.“ Professor Peter-Alexis Albrecht (Strafrechtler). Ein Artikel von Jenna Kowalski über Telefonbespitzelung, Datenschutz und den Großen Bruder.



Foto: Pulpolux !!!

Klingling klinglang (frei ausgewählter Handyklingelton, der dem individuellen Musikgeschmack von Kalle entspricht) „Ja, hallo? Kalle hier.“ „Guten Tag Herr Knolle, ich teile Ihnen mit, dass Ihr Mobilanschluss seit dem 01. April 2007 der Maßnahme einer Telekommunikationsüberwachung unterlag. Sie stehen in Verdacht die Tatbestände der §§29, 29a Betäubungsmittelgesetz erfüllt zu haben. Die Maßnahme wurde gestern beendet.“ „ähm...?“ „Sie haben die Möglichkeit eine Beschwerde einzulegen.“

Bei Kalle wurde eine von jährlich ca. 45 000 Telefonüberwachungsmaßnahmen durchgeführt. Und er wurde darüber in Kenntnis gesetzt, was längst nicht immer der Fall ist! Was Kalle nicht wusste: Die Geschichte der Fernmeldeüberwachung beginnt 1968, seitdem hat es ca. 20 Änderungen gegeben. Das betroffene Grundrecht, Art. 10 des Grundgesetzes, wurde um Absatz 2 erweitert, staatliche Eingriffe wurden ermöglicht. Heute gibt es einen langen Katalog, der die Anordnung einer solchen Maßnahme möglich macht. Dabei handelt es sich in etwa 55-60% der Maßnahmen um aufzuklärende Drogendelikte bis auf die Ebene der einfachen Konsumentinnen.

Wann fing das Märchen von der Sicherheit eigentlich an? War es, als sich alle anfangen unsicher zu fühlen? Wann war das? Erklärungen für den sichernden Staat sind allgemeine Gefahren und terroristische Gefahren und Gefahren des demokratischen Rechtsstaats, pardon hier heißt es Gefährdungen. (Dabei kann man dem deutschen Sicherheitsbericht zwischen 1998 und 2005 entnehmen, dass wir das sicherste Land der Welt sind und die Kriminalität allgemein rückläufig ist.) Die Geschichte fängt vor dem 11. September an... Ein Beispiel: Als am 4.5.1998 der große Lauschangriff zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingeführt wurde, gab es viele Stimmen, die den Abwägungsprozess von Grundrechten und sicherheitsbehördlichen Maßnahmen zu Gunsten letzterer scharf kritisierten. Erinnerungen an staatliche Bespitzelung aus vergangenen Tagen kamen auf und Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) trat von ihrem Amt zurück, nachdem sich ihre Partei pro Überwachungs- Grundgesetzänderung ausgesprochen hatte. Unveräußerliche Menschenwürde, Schutz von freier Kommunikation, Selbstbestimmungsrechte waren in der Debatte wichtige Eckpfeiler und sie sind es heute, wenn wir uns die Versteigerungsmöglichkeit von Grundrechten durch einige PolitikerInnen anschauen. Den Zuschlag bekommt, wer am

glaubhaftesten Ängste vor mangelnder Sicherheit aufgrund von Gefahren abstrakt beschreiben kann. Meistbietend im Moment unser Innenminister: „... Die internationale Rechtsordnung passt nicht mehr zu den neuen terroristischen Bedrohungen, innere und äußere Sicherheit greifen immer stärker ineinander, Onlinedurchsuchung ist nur die Anpassung an eine technologische Entwicklung...“ Herr Schäuble ist fest entschlossen „viel für die Nachhaltigkeit unserer Freiheitsordnung zu tun“. Vielen Dank!

Am 6.7.2007 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung in den Bundestag eingebracht. In der Begründung heißt es, dass Änderungsbedarf aufgrund technischer Neuerungen und Schwierigkeiten in der Strafverfolgungspraxis bei der Anwendung der bisherigen gesetzlichen Regelungen bestehe. Kein Wunder: der bereits erwähnte Straftatenkatalog folgt nicht gerade einem schlüssigen Konzept, zu oft wurde er geändert und dabei immer weiter aufgebläht. Interessant ist, dass der Entwurf ebenso die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten umfasst. Diese Richtlinie ist allerdings höchst umstritten. Sie sieht eine Speicherung aller in Europa anfallenden Verkehrsdaten für 6-24 Monate vor. Es sollen also alle EuropäerInnen erstmal prinzipiell verdächtigt werden, möglicherweise Straftaten begehen zu wollen. Dazu soll festgehalten werden, wer mit wem per Telefon, Handy oder Mail Kontakt hatte und wo das passiert ist. Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, die klären soll, ob diese Richtlinie überhaupt erlassen werden durfte will die Bundesregierung nicht abwarten, sondern das Gesetz in Deutschland schon zum 1.1.2008 in Kraft treten lassen. Einmal angefallene Daten könnten auch zu anderen Zwecken benutzt werden. Das würde einen neuen Riss im rechtsstaatlichen Damm bedeuten, und lässt viele an den Großen Bruder denken. Aber wir schreiben das Jahr 2007, der internationale Terrorismus ist in aller Munde, wenige, viel zu wenige schreiben und niemand tritt zurück. Wie haben unsere Eltern gegen den gläsernen Menschen gekämpft! Tja, schöne alte Welt. Ich habe auch so meinen Wunsch oder Traum: Lasst uns aufwachen und zurücktreten, nämlich die abstrusen Sicherheitsphantasien, die Wahnvorstellungen gleichen. Sicherheit ohne Freiheit ist sinnfrei.

**Jenna Kowalski** ist Koordinatorin des Fachforums Demokratie und Recht und Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Berlin, ab 2008 wird sie nicht mehr telefonieren.



### Anzeige



## Umfassend, aktuell und direkt aus dem Europäischen Parlament Newsletter und Materialien von MdEP Hiltrud Breyer

### Besserer Schutz vor gefährlichen Pestiziden

Brüssel geht in die heiße Phase für die Neuausrichtung der Zulassung und Verwendung von Pestiziden - einem der wichtigsten umwelt- und Verbraucherschutzpolitischen Initiativen der Legislatur. Die Menschen in Europa wollen kein Gift auf dem Teller und in der Umwelt. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden! Als Berichterstatterin des EP-Umweltausschusses für die Pestizid-Verordnung will Hiltrud Breyer Meilensteine setzen für den Verbraucherschutz, Transparenz und die EU-Umweltstandards. Jetzt informieren und aktiv werden: Hintergrundinformationen und Vorschläge für Aktionen vor Ort unter [www.hiltrud-breyer.eu](http://www.hiltrud-breyer.eu)

**EU- ÖkoNews** Infos über aktuelle EU-politische Entwicklungen im Umweltschutz mit Terminen und Ausschreibungen.

**EU-FrauenNews** Alle zwei bis drei Monate Informationen über die europäische Frauen- und Genderpolitik, interessante Links und vieles mehr.

**EU- VerbraucherInfo** Alle drei Monate aktuelle Berichte über EU-politische Entwicklungen im Verbraucherschutz.

**EU-Umwelthandbuch** Keine Angst vor Brüssel! Der Führer durch die Institutionen und Wegweiser für Lobbyaktivitäten in Brüssel.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament

Zu bestellen per Email: [hiltrud.breyer@europarl.europa.eu](mailto:hiltrud.breyer@europarl.europa.eu) Neu auf [www.hiltrud-breyer.eu](http://www.hiltrud-breyer.eu): Positionspapier zum EU-Tierschutz

## Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Flugverkehr hat sich seit 1990 verdoppelt



Dass sich unser Klima ändert, liegt im zunehmenden Maße am Verkehr. Seine Emissionen machen mittlerweile beinahe 30% aller klimaschädlichen Emissionen in der Europäischen Union aus - Tendenz steigend.

Die Grünen im Europäischen Parlament haben Konzepte vorgelegt, wie man Verkehr vermeiden, auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel verlagern und insgesamt effizienter machen kann.

Wenn wir den Klimawandel bekämpfen wollen, muss Schluss sein mit staatlichen Subventionen für die Klimakiller in der Luft und auf der Straße!

Mehr Informationen unter:  
[www.michael-cramer.eu](http://www.michael-cramer.eu)

Michael Cramer  
Mitglied des Europäischen Parlamentes  
Verkehrspolitischer Sprecher der Grünen/EFA



move ▶ green



# Der Herbst wird grün und stachelig!

In Potsdam, der Stadt der Schlösser und Seen, fand die Sommerklausurtagung des Bundesvorstands statt. Hier wurde vier Tage über den kommenden Schwerpunkt, die anstehenden Aktionen und Themen diskutiert und daneben wild gefeiert.

Der Themenschwerpunkt, der uns für die nächsten Monate begleiten wird ist der Bereich Innere Sicherheit. Vom Bundesverband wird es neben Material wie Aufklebern oder Buttons auch Emailselbstver-schlüsselungsworkshops geben. Auf der Medien und Kultur Sommerakademie der GRÜNEN JUGEND gab es ja bereits entsprechende Angebote. Unsere Daten gehören uns!

Neben der Inneren Sicherheit, liegt uns auch das Klima am Herzen: Mit der Internetseite [www.autowechsel-jetzt.de](http://www.autowechsel-jetzt.de) wird die gemeinsame Aufkleberaktion mit der BUND-Jugend gegen Offroadler begleitet. Hier können unter anderem Informationen zu den CO2-Schleudern oder zur Gründung von sogenannten "K-Gruppen" gefunden werden, um gegen große Autos vorzugehen. Die Aktion ist übrigens auch ein tolles Beispiel für eine gute Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Die Idee kommt von der GRÜNEN JUGEND aus der Schweiz, die wir bei dem Gründungstreffen der Global Young Greens in Nairobi (Khenia) getroffen haben!



Ein anderes Thema, das wir auch als Bündnispartner stark verfolgt haben und weiterverfolgen werden ist die Bahnprivatisierung. Auf der Sommerklausur haben wir uns den grünen Verkehrsexperten Toni Hofreiter eingeladen und auf einer Vorstandssitzung waren wir im Gespräch mit Attac- und Verdi-ExpertInnen auf diesem Feld. Die Flyer zur Bahnprivatisierung sehen aus wie Zugbegleiter und ihr könnt sie unter [www.bahn-fuer-alle.de](http://www.bahn-fuer-alle.de) bestellen und auf einer Zugfahrt auslegen.

Unsere letzte Bundesvorstandssitzung hat in Weimar stattgefunden. Hier haben wir uns noch mal den Ort für die Sommerakademie angesehen und uns mit der Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Thüringen getroffen. Doch der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung war die Besprechung des Leitantes für den "Gesellschafts-BuKo" im November in Kassel. Fragen wie "Wann brauchen wir einen starken Staat und wo steht

sich ein starker Staat selbst im Weg?" wurden hitzig und kontrovers diskutiert. Bald steht der Leitantes auch im Wiki und ihr könnt schon vor dem Bundeskongress mitdiskutieren.

Wir sehen uns auf dem 29. Bundeskongress!

Euer Bundesvorstand

## Impressum

InteressentInnen bekommen drei Ausgaben des SPUNK kostenlos, einfach Einfach melden auf [www.gruene-jugend.de/kontakt/](http://www.gruene-jugend.de/kontakt/)

**Herausgeberin:**  
GRÜNE JUGEND Bundesverband  
Hessische Str. 10,  
10115 Berlin,  
tel.: 030 - 275 940 94  
fax.: 030 - 275 940 96

**Redaktion:**  
spunk@gruene-jugend.de, Kathrin Henneberger, Rasmus Andresen, Rieke Kampczyk, Svenja Tidau, Silke Gebel, Luise Neuman-Cosel, Sven-Christian Kindler (Koordination und V.i.S.d.P.)

**Quote:**  
Prozent von Frauen geschriebene Artikel. Dieses mal: genau 59,2%

**Layout:**  
Das Modul

**Fotos:**  
GRÜNE JUGEND, flickr.com und soylent-network.com (Titelbild), unter Creative Commons Lizenz Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0. Attribution siehe Bildunterschrift.

**Auflage:**  
12.000 Exemplare

**Druck:**  
Union Druckerei Weimar GmbH

**Hinweise:**  
Die Artikel spiegeln die Meinung des/der jeweiligen AutorIn und nicht unbedingt die der Redaktion oder der GRÜNEN JUGEND wieder.

Die Redaktion behält sich die sinngemäße Kürzung von (LeserInnen-)Briefen vor.

Der SPUNK steht unter Creative Commons Lizenz, alle Texte sind unter Nennung der Namen, unverändert und in unkommerziellen Rahmen frei abdruckbar.

Die Mitgliederzeitung der GRÜNEN JUGEND SPUNK erscheint viermal jährlich und wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundesministeriums für Familie, SeniorInnen, Frauen und Jugend.

Der Bezugspreis für den SPUNK ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

[WWW.GRUENE-JUGEND.DE/SPUNK](http://WWW.GRUENE-JUGEND.DE/SPUNK)

## 29. Bundeskongress Die K-Gruppe

in Kassel (voraussichtlich)

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Termin für den 29. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND naht. Leider konnten wir zum Redaktionsschluss des SPUNK noch nicht sicher sagen, ob Kassel als Ort sicher ist. Auf findet ihr bald alle Informationen für den BuKo - auch die Infos zum Veranstaltungsort.

Auf dem 29. Bundeskongress möchten wir über Gesellschafts- und Familienpolitik diskutieren, aber auch Satzungsänderungsanträge und sonstige Anträge befassen und letztlich den Bundesvorstand, und das Bundesschiedsgericht neu wählen. Überlegt euch schon, ob ihr gegebenenfalls eigene Anträge einbringen oder für Gremien kandidieren wollt. Wir freuen uns auf euer Kommen!

Euer Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle

TO-01  
Antragsteller: Bundesvorstand

02.11.07

15:30:00 Aktion zum BuKo-Auftakt  
17:00:00 Beginn der Anmeldung  
17:00:00 3. Bundesausschuss (bis 18.45 Uhr)  
18:00:00 NeueinsteigerInnen treffen  
18:30:00 AntragstellerInnen treffen  
19:00:00 Mitgliederversammlung

TOP 1: Formalia, Wahl des Präsidiums, Verabschiedung der TO, Annahme des Protokolls  
TOP 2: Politische Begrüßung Bundesvorstand  
TOP 3: Grußworte  
TOP 4: Resolution: BürgerInnenrechte

ca. 20:40 Vorstellung der Fachforen und des Bildungsbeirates  
21:00:00 Treffen der Fachforen & Wahl der KoordinatorInnen (bis 22.30 Uhr)

- Unterbrechung der Mitgliederversammlung -

22:45:00 Film / Welcome-lounge  
22:45:00 Ländertreffen

03.11.07

09:00:00 Frühstück  
10:00:00 Workshops  
13:00:00 Mittagessen  
13:00:00 AntragstellerInnen treffen  
14:30:00 Fortsetzung Mitgliederversammlung

TOP 5: Leitantes  
TOP 6: Satzungsänderungsanträge  
TOP 7: Sonstige Anträge (dazwischen Abendessen)

21:00:00 Foren  
21:00:00 Bundesfinanzrat  
22:00:00 AntragstellerInnen treffen  
22:30:00 Party

04.11.07

09:00:00 Frühstück  
10:00:00 Fortsetzung Mitgliederversammlung

TOP 8: Finanzen: Haushalt 2007, Haushalt 2008, Verabschiedung  
TOP 9: Wahlen: Bundesvorstand, SPUNK-Redaktion, GenderpolitischeR SprecherIn, Bundesschiedsgericht, RechnungsprüferInnen  
TOP 10: Sonstige Anträge

15:30:00 Voraussichtliches Ende



Das kapitalistische System bestimmt zunehmend die Welt, in der wir leben. Diese kapitalistische Denke führt uns in eine materielle Welt des Egoismus. Leider findet diese Welt auch bei der Grünen GRÜNEN JUGEND zunehmend Eingang. Wie oft hört mensch auf GRÜNE JUGEND Veranstaltungen: „Mein Wasser“, „mein Tabak“, „mein Gras“? Diesem Denken will die K-Gruppe eine Absage erteilen, sie überwinden und sie aufbrechen. Die Mitglieder der K-Gruppe teilen ihre Konsumgüter wie Tabak oder Essen solidarisch untereinander. Denn unsere Maxime ist: Privatbesitz von Konsumgütern ist Diebstahl an der Gemeinschaft. Aber wie soll das praktisch aussehen? Auf GRÜNE JUGEND Veranstaltungen oder auch privat können die Mitglieder der K-Gruppe von den Konsumgütern der anderen Mitglieder einfach kosumieren.

Als besonders verwerflich empfinden wir, wenn der Überfluss der einen, bei anderen einen Mangel bedingt. Auch dieses Problem wollen wir aufbrechen. In der K-Gruppe ist jeder und jede willkommen. Einfach im Wiki eintragen, damit jedes andere Mitglied von der Mitgliedschaft weiß. Beitreten kann jedeR, der/die diese Weisheiten teilt und befolgt. Natürlich soll die K-Gruppe nicht schnorren legalisieren, denn echte Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit und DauerschnorrInnen und Geier machen die Idee kaputt. JedeR in der Gruppe steuert etwas zur Gemeinschaft bei. JedeR nimmt nach seinen Bedürfnissen und gibt nach seinen Möglichkeiten. Denn SIE sprach und meinte: "Ich hab einfach keine Lust mehr, dass Leute mich nur aufgrund des Grases anlächeln." Wir verstehen uns weniger als feste Gruppe, sondern vielmehr ist unser Konzept ein Denkanstoß für euch alle. Also werdet Mitglied oder sprecht jemensch von uns persönlich an. Denn Hoch die praktisch gelebte Solidarität!

**Mehr Infos unter:**  
<http://wiki.gruene-jugend.de/index.php/K-Gruppe>

### Hier könnte eure Werbung stehen...

Ja, auch deine Gruppe kann sich im SPUNK vorstellen. Egal, ob es eine Ortsgruppe, ein Fachforum, ein Arbeitskreis, ein Reformzirkel oder ein Landesverband ist - stell uns vor, wo du dich so rum treibst. Was sind das für Leute? Welche Themen beackert ihr gerade? Plant ihr eine spannende Kampagne oder habt ihr gerade eine super Aktion hinter euch gebracht?

Sicherlich gibt es viel Spannendes zu deiner Gruppe zu sagen und was ihr so jung-grün-stacheliges auf die Beine gestellt habt. Schreib es auf, du hast dafür 2.000 Zeichen inklusive Leerzeichen und schick' es an die Redaktion: [spunk@gruene-jugend.de](mailto:spunk@gruene-jugend.de). Solltet ihr es nicht in den Print-SPUNK schaffen weil der Andrang zu groß ist, dann stellen wir den Text auf die Homepage. Und nun ran an die Tasten!